

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Am Krankenlager der Gesellschaft.	677	Kongresse. Der sechste österreichische Gewerkschaftskongress	687
Gesetzgebung und Verwaltung. Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	680	Lohnbewegungen und Streiks. Die Arbeitervertretung in den Verhandlungen mit den Wertbesitzern. — Streiks und Aussperrungen	690
Soziales. Der Kongress der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz	680	Einigungsämter und Schiedsgerichte. Geschäftsbericht des Tarifamts der deutschen Buchdrucker	691
Wirtschaftliche Rundschau	681	Gewerbegerichtliches. Die erste Frucht des englischen Lohnamtgesetzes	692
Statistik und Volkswirtschaft. Heimarbeit in Australien	682		
Arbeiterbewegung. „Sozialdemokratische Wirtschaft“ — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Aus der finnischen Gewerkschaftsbewegung. — Die Bildungsbestrebungen der englischen Gewerkschaften	683		

Am Krankenlager der Gesellschaft.

In Frankfurt a. M. tagte vom 19. bis 22. Oktober der Erste deutsche Soziologenkongress, dem eine Reihe bedeutender Gelehrten angehört. Wir nennen bloß die Namen der Professoren Tönnies, Max Weber und Tröltzsch. Der Kongress war veranstaltet von der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“, die sich die Aufgabe stellt, soziologische Probleme zu untersuchen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen in der Form von Monographien zu veröffentlichen. Prof. Tönnies-Viel hielt auf dem Frankfurter Kongress eine Programmsrede, in der er die Wege und Ziele der Soziologie beleuchtete. Er verglich die Gesellschaft mit einem Patienten, an dessen Krankenlager die Wissenschaft tritt. Am Krankenbett gebe es verschiedene Meinungen der Ärzte. Sie alle aber leite der eine Zweck, nämlich die Gesundheit und das lange Leben des Patienten. „So wollen auch wir die Gesundheit, das lange Leben der Nation oder der ganzen Menschheit oder der europäischen Kultur.“ In der sozialen Pathologie seien Patienten und Ärzte nicht streng getrennt. Zur Nation sprächen nur auserwählte Vertreter, die „Leich“ Ärzte seien und die Frage, ob der Patient krank sei, entscheiden wollten. Die Menschheit müsse sich bewusst werden, daß Wissenschaft und Vernunft ihr bester Wegweiser seien.

Man kann nicht umhin, den Vertretern der Wissenschaft zu dieser Diagnose, die zugleich ein gutes Stück Selbsterkenntnis birgt, die Anerkennung auszusprechen, daß sie den Zustand der Gesellschaft richtig beurteilt. Ob die „Gesellschaft“ freilich von dieser Betrachtungsweise besonders erbaut sein wird, das steht auf einem anderen Blatte. Aber es genügt nicht, daß die Wissenschaft die Gesellschaft als Kranken erkennt und die Art der bestehenden Krankheit untersucht. Denn so interessant es für jeden Menschen, dem man sagt: „Mein Lieber, du bist krank“, sein mag, zu erfahren, welches die eigentlichen und bedenklichen Krank-

heitssymptome sind und an welcher Krankheit er leide, in erster Linie wird er doch den begreiflichen Wunsch haben, geheilt zu werden. Will die Soziologie als Arzt der Gesellschaft gelten, so kann sie sich nicht damit begnügen, den Kranken abzuklopfen und auszufunktieren, ihn mit Röntgenstrahlen zu durchleuchten und seine Ausgangsstoffe zu untersuchen, sondern sie muß ihn in Heilbehandlung nehmen, ihn gesund zu machen versuchen. Da klingt es denn recht wenig tröstlich, wenn Prof. Tönnies weiter erklärt:

„Wir lassen in unserer Gesellschaft für Soziologie alle Zukunftsprogramme und alle sozialpolitischen Programme aus dem Spiel, nicht weil wir sie verachten, sondern weil wir lediglich vollkommen objektiv untersuchen wollen. Wenn auch vollkommene Objektivität ein unerreichbares Ideal ist, so wollen wir doch bemüht sein, uns ihr zu nähern. Wir wollen als Soziologen uns nur mit dem Beschäftigten, was ist, und nicht mit dem, was nach unserer Ansicht sein müßte, also nur mit dem bestehenden sozialen Leben. Die Soziologie will nicht politische Probleme lösen, sie legt sich hier vollständige Abstinenz auf, was allerdings nicht ausschließt, daß der einzelne als Politiker eingehend persönlichen Anteil an den Fragen nimmt. Die Soziologie versucht die Probleme zu entwirren. Als Soziologen sind wir weder für noch gegen den Sozialismus, weder für noch gegen die Erweiterung der Formenrechte, weder für noch gegen Rassenmischung. Ob eine Förderung oder Hemmung der richtigen Erkenntnis entspringt, ist eine andere Frage. Wir hoffen jedoch das erstere.“

Mit einer solchen Stellungnahme der Soziologie dürfte der kranken Gesellschaft wenig geholfen sein. Prof. Tönnies verwechselt hier überdies völlig die Begriffe von Objektivität und Inaktivität. Um wirksam gegen soziale Krankheitserscheinungen vorzugehen, sie mit den geeigneten Mitteln zu bekämpfen, braucht man den Boden der Objektivität nicht zu verlassen. Objektiv bleiben heißt aber nicht untätig, indifferent bleiben und sich auf die bloße

die Versicherungsgeetze mancherlei Mängel auf, die den gewerkschaftlichen Kampforganisationen zum Vorteil und der nationalen Arbeiterbewegung zum Schaden gereichen. Die ungerechte und hämische Kritik an den Wohlfahrtseinrichtungen des Unternehmertums habe nur den Zweck, die Arbeitgeber zu veranlassen, im Zorn über die Verkennung ihrer uneigennütigen Bestrebungen diese einzustellen. Es sei eine schwindelhafte Behauptung, daß die Unternehmer die Arbeiter durch die Wohlfahrtseinrichtungen abhängig machen wollten. Und wenn sie es wirklich würden, so wäre das doch lange nicht so schlimm als die Abhängigkeit von den Gewerkschaftsbeamten. Sogar die Kruppische Sparlotterie sei bekämpft worden und das nicht nur von den freien, sondern auch von den christlichen und kirchlichen Gewerkschaften. Wenn durch das Los einem Arbeiter etwas geschenkt würde, so sei das doch gewiß keine Einrichtung, die ihn beeinflussen und abhängig machen könne.

Das große Verdienst der Arbeitgeber um die staatliche Sozialpolitik müsse man anerkennen. In freiwilligen Einrichtungen hätten die Arbeitgeber lange vor Einrichtung der sozialen Gesetzgebung schon für ihre Arbeiter gesorgt und neben ihren gesetzlichen Verpflichtungen opferten die Arbeitgeber heute noch uneigennützig und freiwillig ungezählte Millionen für die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen. Besonders dankbar müsse man der großen Verdienste des Freiherrn von Stumm gedenken.

Durch die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen sei dieser ein großes Agitationsfeld erschlossen worden und sie habe dadurch in weiten Bevölkerungskreisen Anhang gefunden. Es habe keine großen Bedenken, wenn Sozialdemokraten von sicheren Stellungen in Krankenkassen aus für ihre Ideen agitieren könnten. Hoffentlich beseitige die Reichsversicherungsordnung gründlich diese Einrichtung. Gewisse soziale Gesetze seien richtige Hanswurstereien. Bei dem Gesetz über die Sicherheitsmänner im Bergbau habe man z. B. nicht zu verhindern gewußt, daß die Gewerkschaften das Gesetz durch eine wüste Agitation ihren Zwecken dienstbar gemacht hätten. Dadurch sei der gesunde Sinn des Gesetzes in jenem Gegenteil verkehrt worden. Wenn Arbeitskammern eingerichtet würden, dürften auf keinen Fall Gewerkschaftsbeamte als Vertreter der Arbeiter zugelassen werden. Eine Arbeitslosenversicherung locke nur die faulen Arbeiter an.

Die Versicherungsgeetze kämen ausschließlich den Arbeitern zugute. Könne man es da den kleinen Geschäftsleuten, den Handwerkern und Beamten verdenken, wenn sie für sich das gleiche fordern? Die Versicherungsgeetzgebung verursache große Unkosten. Der Anteil, den die industriellen Gesellschaften zu den sozialen Lasten von ihrem Reingewinn abgeben müßten, sei beträchtlich gestiegen. Man solle sich hüten, dem Staat weitere soziale Lasten aufzuerlegen. Darunter leide die Industrie und werde zurückgedrängt, weil sie die Kosten nicht mehr erschwingen könne. Das Interesse der Industrie sei aber auch das Interesse des Arbeiters; werde ihre Existenz bedroht, so sei der Arbeiter der Leidtragende.

Zum Schluß beteuerte der Referent aber, daß er beileibe nicht gegen die Sozialreform habe sprechen, sondern nur zur Vorsicht raten wollen. Man kann

ihm aber das Zeugnis nicht versagen, daß er es vorzüglich verstanden hat, auf dieser Arbeiterversammlung die Unternehmerinteressen zu vertreten.

Am Ende der Tagung wurde dann noch auf Vorschlag des Barons v. Reibnitz eine Resolution angenommen, des Inhalts, daß „die Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung steht und fällt mit der Größe und der Macht des Deutschen Reiches.“ Wenn das richtig ist, dann kann es mit — der Größe und der Macht des Deutschen Reiches zurzeit wenigstens nicht weit her sein!

Ein Seemann überbrachte dann noch die Grüße der Hamburger Seeleute und teilte mit, daß 2200 Seeleute demnächst in Hamburg einen nationalen Seemannsbund gründen wollen.

Was die Gelben von ihrer Verständigungsforderung erwarteten, hat sie ihnen nicht gebracht. Aber: Ob so oder so, die freien Gewerkschaften werden sich dieser Feinde der Arbeiterschaft zu erwehren wissen.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin:	Kulejewicz, Wladislaus, Angestellter des Transportarb.-Verb.
"	Schulz, Ernst, Angestellter des Transportarbeiter-Verbandes.
"	Schröter, Hermann, Angest. des Transportarbeiter-Verbandes.
Breslau:	Poffog, Gustav, Angestellter des Töpfer-Verbandes.
Cassel:	Strube, Johannes, Parteisekretär.
Demitz:	Pursche, Karl, Angestellter des Steinarbeiterverbandes.
Dresden:	Noack, Max, Angestellter des Malerverbandes.
Eilenburg:	Macheleidt, Hermann, Angestellter des Fabrikarbeiterverb.
Hilensburg:	Michelsen, Peter, Arbeiterfett.
Gommern:	Lerche, Heinrich, Angestellter des Steinarbeiterverbandes.
Hagen:	Ludwig, Konrad, Parteisekretär.
Halle:	Kürbs, Carl, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.
Hamburg:	Fröhlich, Paul, Berichtshatter.
Leipzig:	Peier, Albin, Angestellter des Töpfer-Verbandes.
Manheim:	Sarfert, Franz, Angestellter des Steinarbeiter-Verbandes.
"	Amann, Angestellter des Bäcker-Verbandes.
Marktredwitz:	Bredow, Hermann, Angestellter des Porzellanarbeiterverbandes.
Mühlhausen:	Hammer, Gustav, Redakteur.
München:	Seker, Josef, Angest. des Verb. der Maschinisten und Heizer.
Offenbach a. M.:	Schulz, Hermann, Angest. des Schuhmacher-Verbandes.
"	Samel, Adolf, Geschäftsführer.
Sorau:	Müller, Emil, Angestellter des Textilarbeiterverbandes.
Zeitz:	Reißer Reinhold, Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes.

die Veranlagung an, wie es sich beispielsweise bei den Pariser Apachen zeige. Der Standpunkt des Sozialismus, der die Verbesserung der Art einzig von der sozialen Hebung der Massen erwarte, sei ebenso einseitig, wie der des Rassenfeudalismus.

Weitere Vorträge behandelten das „religiöse und das profane Naturrecht“ (Prof. Tröltzsch-Heidelberg), die „Soziologie der Panik“ (Prof. Gothein-Heidelberg), die Frage von „Wirtschaft und Recht“ (Dr. Voigt-Frankfurt a. M.) und „Rechtswissenschaft und Soziologie“ (Dr. Kantorowicz-Freiburg i. B.).

Uns interessiert lediglich der Vortrag des Dr. Plöb, den wir deshalb in großen Zügen wiedergegeben haben. Er behandelt die alte Streitfrage, ob die moderne Hygiene der menschlichen Masse nützlich oder schädlich sei, in einer unseres Erachtens durchaus einseitigen Weise. Der Vortragende faßt zwar ganz richtig die Gesellschaft als einen Gesamtorganismus auf und schließt aus der Entartung einzelner Teile dieses Organismus auf die Entartung des Ganzen. Er überschätzt indes bei weitem die Einflüsse der Vererbung und übersieht dabei völlig die Einwirkungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände auf die Menschen. Man hat zwischen den Schwachen, den Untüchtigen und Minderwertigen äußerlich sorgfältig zu unterscheiden. Keine Gesellschaft besteht aus völlig gleichwertigen Gliedern, sondern stets gibt es neben Vollwertigen auch eine Anzahl Minderwertiger, die nicht durch Staatsgesetz oder wissenschaftlichen Machtanspruch von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden können. Ein Bauer oder Landarbeiter mag in der Stadt ebenso minderwertig in geistiger Hinsicht erscheinen, als ein Städter oder Industriearbeiter in körperlicher Beziehung auf dem Lande. Deshalb handelt es sich noch lange nicht um Minderwertigkeit im allgemein menschlichen Sinne. Es wäre auch verfehlt, ohne weiteres alle Krüppel, Blinden, Tauben oder Taubstummen als minderwertig zu behandeln, denn ihr Minus auf dem einen oder anderen Gebiete wird häufig völlig ersetzt durch andere Anlagen, Talente und Fähigkeiten, vor allem auf dem Gebiete geistiger oder künstlerischer Betätigung, die sie weit über den Durchschnitt der körperlich Gesunden erheben. Gegen den Ausschluß syphilitisch Erkrankter von der Fortpflanzung der Menschheit wird kein vernünftiger Mensch etwas einwenden. Ebenso könnten ähnliche Vorsichtsmassregeln gegen die Vererbung anderer unheilbarer Krankheiten durchgeführt werden. Auch wäre sehr wohl zu prüfen, inwieweit eine Verminderung der Geburtenhäufigkeit geeignet wäre, die Gesundheit der Mütter zu kräftigen und den Nachwuchs lebensfähiger zu machen. In der Forderung einer öffentlichen Säuglingsfürsorge stimmen wir mit Dr. Potthoff überein.

Bei alledem darf indes die Frage nicht ununtersucht bleiben, inwieweit Vererbung und inwieweit die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände zur Entartung der Menschheit beitragen haben. Eine eingehende und vorurteilslose Prüfung dieser Frage würde der Wissenschaft ein erdrückendes Material dafür liefern, daß weit aus die meisten der im Daseinskampfe Erliegenden früher durchaus gesund waren und unter anderen Verhältnissen sich zu normalen, mit Durchschnittsfähigkeiten und -fähigkeiten begabten Menschen entwickeln konnten. Ungefundene Ausbeutung in der Jugend, im Entwicklungsalter oder selbst noch im höheren Alter, ungesunde Wohnungsverhältnisse, alle-

meine unhygienische Zustände haben den Keim zu ihrer körperlichen Entartung gelegt. Besonders die Tuberkulose, diese fürchterliche Geißel der Kulturmenschen, ist zum größeren Teil erworben und nur zum kleinsten Teile vererbt. Solchen Entartungserscheinungen gegenüber, die nicht Einzel-, sondern Massenerscheinungen sind, versagt ein Fortpflanzungsverbot, wie Dr. Plöb es im Auge hat, völlig, zumal ein großer Teil der davon Betroffenen mit der Fortpflanzung nicht solange wartet, bis alle Symptome einer solchen Krankheit zweifelsfrei festgestellt sind. Hier wird die Gesellschaftshygiene ihre Hauptaufgabe nicht in der Ausschcheidung ungesunder oder schwächerer Individuen, sondern in der Ausschaltung ungesunder Gesellschaftsverhältnisse zu erblicken haben. Sie muß verhindern, daß Kinder zur Erwerbsarbeit mißbraucht werden, gleichviel ob in Industrie, Handel oder Landwirtschaft, ob von den eigenen Eltern oder von Dritten. Sie muß verhindern, daß junge Mädchen in den Jahren der Entwicklung derart ausgebeutet werden, daß sie mit aufgebrauchten Kräften, siech oder mit dem Keim der Schwindsucht behaftet in die Ehe treten. Sie muß verhindern, daß die Arbeiter durch überlange Arbeitsdauer, durch übermäßig schwere Arbeit oder durch mangelnden Unfallschutz, durch ungesunde Betriebsverhältnisse und gewerbliche Gifte massenhaft in ihrer Gesundheit geschädigt, in ihrer Erwerbs- und Lebensdauer gekürzt werden. Sie muß durch Verbesserung der Wohnungspflege und der öffentlichen Hygiene für bessere Erziehungsverhältnisse der arbeitenden Klassen sorgen, damit diese gesund bleiben können. Wenn die Gesellschaft ein einziger Organismus ist, der in der Entartung begriffen ist, wenn auch nur einzelne seiner Teile entarten, dann müssen auch für alle Teile dieses Gesamtorganismus gleichartige, zum mindesten menschenwürdige Erziehungsverhältnisse vorhanden sein. Wie kann ein Organismus gesund bleiben, der bis an den Hüften in einem schmutzigen Sumpfe steckt, auch wenn das Haupt von Blumendüften umgeben wäre und die Finger im Golde wühlten? Wo auch nur ein Glied dieses Gesamtkörpers leidet, sei es infolge Ueberanstrengung oder schlechter Umgebung, da besteht eine Gefahr für die ganze Gesellschaft. Und diese Gefahr zu beseitigen, gebietet die Existenznotwendigkeit dieser Gesellschaft.

Will die Soziologie also Berater der erkrankten Gesellschaft sein, so darf sie sich weder mit der Rolle des lediglich untersuchenden Gutachters begnügen, noch sich darauf beschränken, dem Patienten die Fortpflanzung zu beschränken und die erkrankten Organe auszuschneiden, sondern sie muß in erster Linie handelnd eingreifen, den Kranken allen ungesunden Einflüssen entziehen und dafür sorgen, daß alle Organe in gleichmäßig gesunder Umgebung sich entwickeln können. Nicht die Ausmerzungen der Schwachen macht die Gesellschaft lebenskräftiger, sondern die Ausmerzungen der Ursachen, die an der vorzeitigen Erschöpfung der Kräfte schuld sind. Nur dieser Weg kann zur Heilung der Gesellschaft führen. Will die Wissenschaft diesen Weg gehen, dann freilich kann ihr auch der Sozialismus nicht gleichgültig sein, denn ein vernünftiger Arzt wird jedes ehrliebe Streben eines Kranken, aus ungesunden Zuständen herauszukommen und gesund zu leben, unterstützen müssen.

Diagnose zu beschränken unter Verzicht auf jegliche Heilung. Wenn man es allerdings mit einem so vorurteilsvollen Patienten, wie die bürgerliche Gesellschaft, zu tun hat, dann mag es für die Wissenschaft angenehmer, vielleicht auch einträglicher sein, sich nicht mit einer bestimmten Heilmethode zu befassen, sondern sich auf das Gutachten zu beschränken und die Heilkunst anderen zu überlassen, die denn auch weidlich an der Gesellschaft herumdoctern.

Ueber die besonderen Aufgaben der Gesellschaft für Soziologie referierte Prof. M. Weber-Heidelberg. Danach soll zunächst eine Soziologie des Zeitungswezens herausgegeben werden. Es sollen alle Zweige des Zeitungswezens, wie Verlagsgeschäft, Redaktion, Nachrichtengeschäft, Annoncengeschäft, soweit sie für seine kulturgeschichtliche und soziologische Eigenart bestimmend sind, untersucht und besonders die Wirkung der Presse auf die politischen und kulturellen Verhältnisse der großen Kulturländer erforscht werden. Man will sich an die Praktiker des Zeitungswezens, die Verleger und Journalisten wenden, um recht viel Material zu bekommen. Dabei sollen die verschiedensten Fragen der Presse untersucht werden, wie die Ausdehnung oder Einschränkung der Publizität, die Frage des wachsenden Kapitalbedarfs, die Vertristung der Presse, die Anonymität und das Interesse der Mitarbeiter, bekanntzuwerden, die Materialquellen der Presse, die Gestaltung des Nachrichtendienstes, die redaktionelle Arbeitsleistung, die beruflichen und außerberuflichen Anforderungen und Aussichten des Journalisten, die Wirkungen des Zeitungslesens auf das Hirn usw. Die Vorarbeiten zu dieser Untersuchung sind auf 25 000 Mk. veranschlagt. Als weitere Aufgabe stellt sich die Gesellschaft die Erforschung der gesellschaftlichen Beziehungen, also eine Soziologie des Vereinswezens vom Statklub bis zu den politischen Parteien. Ueber dieses Thema sprach bereits Prof. Simmel-Berlin in der Eröffnungsitzung.

Im Mittelpunkt der Kongreßverhandlungen stand indes ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Plöb-München über die Begriffe der Rasse und Gesellschaft und einige damit zusammenhängende Probleme. Dieser Vortrag bewegte sich auf dem Gebiete der Rassenhygiene und der Bedingungen der Erhaltung einer starken Rasse. Der Redner suchte zwischen den beiden Richtungen der Mitleids- und der Herrenmoral einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen und die Rassenfrage durch Vererbungsgeetze zu lösen. Er führte aus, daß der Ausbau der gesellschaftlichen Einrichtungen einen weitgehenden Schutz der Schwachen gebracht habe. Dagegen werde im Interesse der Gesundheit unserer Rasse die Ausmerzungen der Untüchtigen gefordert. Die Gegenfälligkeit beider Richtungen veranlasse eine Klärung der Begriffe „Rasse“ und „Gesellschaft“, ihres Verhältnisses zu einander und der sich daraus ergebenden Probleme. „Rasse“ bedeute in diesem Sinne „die Erhaltung- und Entwicklungseinheit des über den Individuen weiterdauernden Lebens“. Sie umfasse den Kreis ähnlicher Lebewesen ähnlicher Abstammung mit ähnlichen Nachkommen, die gegen die äußeren Einflüsse in ähnlicher Weise reagieren, sich zerstörenden Gewalten gegenüber gegenseitig ersehen können und die dahin zusammenwirken, den durch sie vertretenen Lebensstrom dauernd zu erhalten. Die Rassenhygiene befaße sich mit den besten Erhaltung- und Entwicklungsbedingungen dieser Vitalrasse; sie liefere unabweisbare Normen für Ethik und Politik, weil vom Boden der

Rassengesundheit allein alle Tüchtigkeit an Persönlichkeiten, Familien, Staaten und Völkern entsprosse. Die Gesellschaft beruhe auf dem Austausch von Hilfe zwischen ihren Mitgliedern. Sie sei als ein lebender Organismus zu verzeichnen, da sie, besonders die centralisierte Gesellschaft, durch wichtige Funktionstomnere ihrer Mitglieder und durch die Wirkungen der Auslese nach außen hin als Kampf- und Erhaltungseinheit auftreten könne. In der Natur seien alle Uebergänge von losen bis zu den straff centralisierten Gesellschaften vorhanden. Auch der einzelne Mensch sei ja schließlich nichts anderes als eine Gesellschaft von Zellen. Der Wettbewerb der Gesellschaften mit Individuen oder anderen Gesellschaften wirke biologisch auf die Individuen zurück und beeinflusse die Auslese. Dies geschehe derart, daß soziale Instinkte und Tugenden auch bestimmte seelische und körperliche Eigenschaften gezüchtet werden. So greife die „Gesellschaft“, obwohl nur ein Teil der Rasse, in deren inneren und äußeren Daseinskampf und damit in ihre Erhaltung und Entwicklung ein. Weit größer noch sei der Einfluß der Rasse auf die gesellschaftlichen Bildungen. Sie liefere das biologische Fundament der Gesellschaft. Die Erhaltung und Vervollkommnung der sozialen Organanlagen sei an den Lebensprozeß der Rasse gebunden und von deren Schicksal abhängig. Entarte die Rasse, so entarten auch ihre sozialen Organe und die gesellschaftlichen Bildungen zerfielen. Der Schutz der Schwachen sei eine Folge der von der Gesellschaftshygiene geforderten Höherzüchtung der Anlagen der sozialen Organe. Die Rassenhygiene fordere aber auch die Ausmerzungen der Minderwertigen, wo für sich Redner auf Darwin, Haeckel, Spencer u. a. berief. Nietzsche forderte auch schon die Verwerfung der Mitleidsmoral und die Proklamierung der Herrenmoral. Gemildert werde dieser Gegensatz, wenn die in Krankheit und Tod bestehende Ausmerzungen abgewälzt werde auf die in Gattenlosigkeit und Unfruchtbarkeit bestehende sexuelle Ausmerzungen. Erst die Vermeidung der Erzeugung von Schwachen könne eine volle Lösung des Konfliktes bringen. Wenn keine Schwachen mehr erzeugt würden, dann brauchten auch keine Schwachen mehr ausgejätet zu werden. Notwendig sei daher die gründliche Erforschung und Beeinflussung der Vererbungs- und Variationsvorgänge. Erst dann wenn die Erhaltungsnöwendigkeiten der Rasse garantiert seien, könne die volle Verwirklichung der humanitären Ideale erwartet werden, ohne Gefahr für die menschliche Entwicklung.

An die Ausführungen dieses Vortragenden knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in der dem Redner vielfach widersprochen wurde. So erklärt Prof. Tönnies, daß auch die Erhaltung von Krüppeln von Wert sein könne. Moses Mendelssohn war verwachsen, — sein Enkel war Felix Mendelssohn-Bartholdy. Man müsse auch hier differenzieren. Dr. H. Rothhoff wandte ein, daß ein großer Teil der Schwachen doch nur wirtschaftlich schwach sei und zugrunde gehe, obwohl er zur Fortpflanzung einer gefunden Art beitragen könne, und warf die Frage auf, ob es nicht wirtschaftlicher sei, die Mittel, die der Schutz und die Erhaltung der Schwachen erfordere, der Säuglingsfürsorge zuzuwenden. Auch Prof. Sommer-Gießen stimmte den Darlegungen des Referenten nur teilweise zu, warnte aber vor jeder Ueberschätzung der Entartungssymptome und erkannte auch dem Milieu gewisse Einflüsse auf

verursacht wird und daß daher in erster Linie Mittel zur Erhöhung der Löhne ausfindig zu machen seien. Zu diesem Zwecke

empfiehlt der Kongreß neuerdings die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter und den Abschluß von Tarifverträgen. Er betrachtet das freie Koalitionsrecht als die notwendige Grundlage des Abschlusses solcher Verträge. Die Internationale Vereinigung verlangt die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge in den Ländern, wo sich diese Anerkennung noch nicht aus dem geltenden Rechte ergibt, und zwar in einer Weise, welche ihre rechtliche Wirksamkeit sichert, und sie, wenn nötig, auf die Heimarbeiter derselben Beschäftigung ausdehnt, welche am Abschluß des Vertrages nicht beteiligt waren. Dabei werden die Landessektionen aufgefordert, mit den zurzeit bestehenden Arbeiterorganisationen Fühlung zu gewinnen zur Förderung des Abschlusses von Kollektivverträgen mit den Arbeitgebern und ihren Verbänden; ferner empfiehlt die Delegiertenversammlung die Aufnahme des Grundsatzes der Richtigkeit von ungenügenden und wucherischen Löhnen in die Gesetzgebung, und eventuell die strafrechtliche Abmilderung wucherischer Löhne. Sie betrachtet diesen Grundfab als wesentlich, ist sich jedoch der Schwierigkeiten bewußt, die seine rechtliche Anwendung einschränken.

Gegenwärtig ist das einzig wirksame Mittel gegen die Mißbräuche in der Heimarbeit in der Schaffung von Lohnämtern zu suchen, wie sie das britische Gesetz vorseht. Die Versammlung hält dafür, daß hinsichtlich der Schaffung solcher Lohnämter bestimmte Normen zu befolgen sind:

a) Die Lohnämter sollen folgende Aufgaben erfüllen: 1. Festsetzung von Mindestlöhnen für die Heimarbeiter bestimmter Gegenden und Berufe; 2. Festsetzung der durch Tarifverträge vereinbarten Löhne als Mindestlöhne; 3. allfällige Ausdehnung der Tarifverträge auf andere Gegenden als die in den Verträgen bezeichneten. b) Der Tagesverdienst der Werkstättenarbeiter, welche dieselben Artikel herstellen, soll nicht niedriger sein als der nach den vorstehend aufgestellten Grundsätzen für die Heimarbeiter zu zahlende Lohn. c) Jede Gesetzgebung, die Mindestlöhne für die Heimarbeiter vorseht, wird wirkungslos sein, wenn sie nicht zugleich Strafbestimmungen für Übertretungen der Tarife enthält. d) Dabei sollen Inspektoren mit der Überwachung der Ausführung der Tarife betraut werden. e) Die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter sind zu den Rechtsbehandlungen ermächtigt, welche sich aus der vorstehend vorgesehene Gesetzgebung ergeben.

Die Versammlung wiederholt und bestätigt die in Genf und Luzern empfohlenen Maßnahmen (Arbeiterverzeichnis, Bekanntgabe der Löhne, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht, der Sozialversicherung und der sanitarischen Vorschriften, Förderung der Berufsvereine, der Mäuserlagen usw.).

Ueber die Organisation der Mindestlohnämter, die Methoden der Festsetzung der Lohnsätze und über die durch sie hervorgerufenen Veränderungen, sowie über die Verwirklichung der Beschlüsse der Baseler, Genfer und Luzerner Versammlungen sollen die Sektionen alljährlich auf den 1. Juni dem Bureau Bericht erstatten. Ein zusammenfassender Bericht hierüber ist den künftigen vergleichenden Berichten über die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze einzuverleiben.

In dieser langen Resolution ist zum Teil etwas Utopie enthalten, im ganzen ist sie aber gut gemeint und tendiert in der gleichen Richtung, die die Gewerkschaften in der Frage der Bekämpfung der Heimarbeit verfolgen.

Von den weiteren Beschlüssen seien erwähnt die Antriebung der gleichmäßigen Regelung der Arbeitszeit in der Schiffenstickerie und des Erlasses von Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der Stickerieindustrie (Krisenkassen). Bezüglich der Gefahren der Coiffonarbeit wurde einstimmig beschlossen, daß nach dem Beispiel Frankreichs und Hollands die Regierungen Schutzmaßnahmen ergreifen sollen. Als einheitliche internationale Schichtdauer in den Bergwerken soll die Zeit vom Beginn der Einfahrt des ersten Mannes bis zur Beendigung der Ausfahrt der Belegschaft gelten. Es sollen eingehende Bestimmungen zur Regelung der hygieni-

schen Verhältnisse der keramischen und poligraphischen Industrie ausgestellt und diese durch eine Petition des Bureaus des Kongresses den Regierungen empfohlen werden.

Ueber das Arbeitsprogramm der Vereinigung für die nächste Zukunft wurde folgendes beschlossen: Die Delegiertenversammlung hält den Zeitpunkt für gekommen, um bei den verschiedenen Regierungen Schritte zum Abschluß eines Internationalen Abkommens über folgende Punkte zu unternehmen: 1. Verbot der Nacharbeit der Jugendlichen; 2. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Frauen auf zehn Stunden; 3. Beschränkung der Dauer der täglichen Arbeitszeit der Jugendlichen auf zehn Stunden. Drei Spezialkommissionen wurden eingesetzt: 1. mit dem Auftrage, über die beiden letztgenannten Punkte eine Denkschrift vorzubereiten, welche die Elemente eines internationalen Abkommens enthalten soll, und die Mittel und Wege zu suchen, um Gleichbehandlung der inländischen und ausländischen Arbeiter nicht nur für die Versicherung gegen Betriebsunfälle, sondern auch auf anderen Gebieten der Sozialversicherung zu gewährleisten. Auf der nächsten Delegiertenversammlung in Zürich 1912 soll über diese Fragen Bericht erstattet werden. Auch die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Kinderarbeit in den verschiedenen Ländern soll untersucht werden und eine zusammenfassende Darstellung finden.

Ferner wurde das Bureau ermächtigt, mit den internationalen Vereinigungen, die ähnliche Ziele verfolgen, wie die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, in Verbindung zu treten, um über finanzielle oder materielle Fragen, die gemeinschaftliche Interessen berühren, ein Einvernehmen anzubahnen.

Das bisherige leitende Comité mit unserm Genossen Scherrer als Präsidenten an der Spitze wurde auf zwei Jahre wiedergewählt.

Es sind ziemlich viele Fragen des Arbeiterschutzes behandelt und dazu Resolutionen angenommen worden und man kann den Bemühungen zum Wohle der Arbeiter nur Erfolg wünschen. Die Bedeutung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und ihre Verhandlungen und Beschlüsse braucht man nicht zu überschätzen, aber man kann sie dennoch als schätzbare Kundgebungen, als annehmbare moralische Unterstützung und Förderung der Bestrebungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der gewerblichen Schutzgesetzgebung anerkennen und begrüßen.

Z.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Diskonterhöhung der Bank von England und ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt. — Wachsende Konkurrenz am gewerblichen Arbeitsmarkt.

Der Geldmarkt ist im laufenden Jahre in einer Weise in Anspruch genommen, daß dadurch eine ungewöhnliche Verteuerung der Geldleihrate eingetreten ist. Schon im September stellte sich der Wechselzinsfuß der Deutschen Reichsbank auf 5 Proz., aber damit war die stärkste Spannung am Geldmarkt während des laufenden Jahres noch nicht erreicht. Vielmehr mußte in den letzten Tagen auch die Bank von England ihren amtlichen Diskontsatz auf den nämlichen Stand, nämlich auf 5 Proz., erhöhen, um dadurch den fortgesetzten Abflüssen von Gold entgegenzuwirken. Ein fünfprozentiger amtlicher Diskont bedeutet aber für die geschäftliche Praxis, die mit Kredit in steigendem

Gesetzgebung und Verwaltung.

Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Seit Jahren führt die Arbeiterbewegung einen energischen Kampf für die völlige Sonntagsruhe. Die Verbände der im Handels- und Barbiergewerbe tätigen Gehilfen haben wiederholt an die Gesetzgebung um Ausdehnung der gesetzlichen Sonntagsruhevorschriften bzw. um Einschränkung der gesetzlichen Maßnahmen appelliert. Die örtlichen Gewerkschaftskartelle haben in gleichem Sinne Kundgebungen veranstaltet und die Konsumgenossenschaften haben zum großen Teil den völligen Ladenschluß an Sonntagen eingeführt und damit den Beweis geliefert, daß die Konsumenten sich an die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sehr wohl gewöhnen können. Neuerdings versucht der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser die Gesetzgebung in entgegengesetztem Sinne zu beeinflussen. Das Reichsgericht hat entschieden, daß an den in Detailgeschäften gekauften Waren „kleine Änderungen“ vorgenommen werden dürften, dagegen erhebliche Änderungen, wie das Umgarbieren von Hüten, das Maßnehmen zur Abänderung gekaufter Konfektionsfachen, nicht statthaft sei, da solche Arbeiten nicht zum Handelsgewerbe gehörig betrachtet würden. Der „Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser“ erblickt in diesem Entscheid eine Schädigung des Detailhandels und der Arbeiterinnen. Auch das kaufende Publikum, besonders die Landkundtschaft, die gewöhnlich Sonntags ihre Einkäufe mache, werde davon betroffen. Er will den Reichstag durch eine Petition um Abhilfe ersuchen. Öffentlich findet dieses Vorgehen im Reichstage die gebührende Zurückweisung.

In anerkannter Weise unterstützt dagegen der Deutsche Käuferbund (Geschäftsstelle Berlin-Friedenau, Kubensstr. 22) die Bestrebungen für völlige Sonntagsruhe durch Mahnungen an das kaufende Publikum, vor allem an die Frauen, keine Einkäufe an Sonntagen zu machen. Auch die Arbeiterfrauen mögen diese Mahnung dringend beachten.

Soziales.

Der Kongreß der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

In Lugano hielt Ende September die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz ihre Delegiertenversammlung ab, die von über 100 Personen, wovon 57 stimmberechtigte Delegierte, 32 offizielle Vertreter der Regierungen aller angeschlossenen Länder und zirka 20 Experten und Gäste, die besonders geladen waren, besucht war. Mit dem Kongreß war diesmal auch die Feier des zehnjährigen Bestandes der Vereinigung verbunden, die im Jahre 1900 hauptsächlich von bürgerlichen Sozialpolitikern gegründet wurde, zu denen sich aber aus verschiedenen Ländern, so namentlich aus der Schweiz, auch Sozialdemokraten gesellten. Die internationale Vereinigung hat immerhin, man darf ihr diese Anerkennung rückhaltlos und unbedenklich aussprechen, manches Nützliche geschaffen. Sie hat in Basel ein internationales Arbeitsamt errichtet, das von der Schweiz und mehreren anderen Staaten, auch von Deutschland, mit kleineren Beiträgen subventioniert wird und das mit der Sammlung aller sozialen Gesetze, Verordnungen, Berichte usw. eine schätzbare Arbeit verrichtet; das aber auch Aktionen zur positiven Förderung des Arbeiterschutzes

vorbereitet. Bisher hat die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zwei Erfolge erreicht: Das internationale Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen und ferner der Verwendung des giftigen Phosphors zur Fabrikation von Zündhölzchen und anderen Zündwaren. Beide Verbote wurden in der Form internationaler Konventionen vereinbart, zu deren Aufstellung im Jahre 1906 in Bern eine amtliche internationale Arbeiterschutzkonferenz von Regierungsvertretern stattfand, die die von der genannten Vereinigung getroffenen Vorarbeiten akzeptierte. Seither haben die beteiligten Staaten durch ihre nationale Gesetzgebung die Berner Konvention festgelegt und sich somit für ihre Durchführung verbürgt.

Nebenher gingen in den letzten Jahren bekanntlich noch einige andere offizielle Aktionen in der Form von internationalen Verträgen zwischen verschiedenen Regierungen zur Sicherung der Wohlfahrt der sozialen Versicherung für die im Inlande lebenden ausländischen Arbeiter.

Bei der Eröffnung der Versammlung in Lugano erinnerte der Präsident der Vereinigung, der sozialdemokratische Regierungsrat (Minister) Scherrer in St. Gallen an den zehnjährigen Bestand derselben. Die Vereinigung begann ihre Tätigkeit mit sieben verbündeten Landessektionen und zählt jetzt deren fünfzehn. Die Mitgliederzahl hat sich in dieser Zeit vervierfacht. In dem letzten Jahre sind der Vereinigung zwei neue Sektionen, Schweden und Norwegen, beigetreten. Auch in Südamerika konnte sie Fuß fassen. Großbritannien ist auf dem Kongresse zum erstenmal offiziell vertreten. Der Präsident gedachte weiter der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes in Basel, von dessen Verstaatlichung man von vornherein absehen wollte, um das unabhängige Organ nicht einzuschränken. Ferner wurden die seitberigen Erfolge der Vereinigung, das Verbot der Frauennachtarbeit und das Verbot des weißen Phosphors, hervorgehoben. Herr Scherrer meint, daß die Internationale Arbeiterschutzvereinigung der Boden sei, auf dem der nationale Arbeiterschutz aufgebaut werden müsse.

Die meiste Arbeit wurde, wie bei solchen Versammlungen üblich, in den Kommissionen geleistet, die die Beschlüsse des Plenums des Kongresses vorbereiteten. Von diesen Beschlüssen seien zunächst erwähnt, Aufträge an das Bureau der Vereinigung, die Regierungen Dänemarks, und Spaniens um baldige Genehmigung (Ratifikation) der beiden Berner Konventionen von 1906 (die erwähnten Verbote) zu ersuchen und ferner die Regierungen Norwegens, Rußlands, Finnlands, der Türkei, Ostindiens, der australischen und kanadischen Kolonien sowie Südafrikas zum Anschluß an diese Verträge zu veranlassen. Die amerikanische Sektion der Vereinigung wird ersucht, dahin zu wirken, daß durch Erlaß geeigneter Kranken- und Unfallversicherungsgesetze auch für nicht eingeborene Arbeiter die bezüglichen Beschlüsse früherer Kongresse der Vereinigung ausgeführt werden. Ueber die Fragen der internationalen Unfallverhütung und des Schutzes der Eisenbahn- und Verkehrsarbeiter soll einer künftigen Delegiertenversammlung weiterer Bericht erstattet werden. Die Sektionen sollen bei ihren Regierungen auf die Einführung selbsttätiger Kuppelungseinrichtungen hinwirken.

In der Frage der Heimarbeit wiederholte der Kongreß frühere bezügliche Kongreßbeschlüsse mit der Feststellung, daß die schlechte Lage der Heimarbeiter hauptsächlich durch die ungenügenden Löhne

Maße arbeitet, eine nicht unerhebliche Verteuerung der hergestellten oder gehandelten Waren. Denn da die Masse der Waren vom Produktionsorte bis zum Konsumenten verschiedene Geschäfte durchläuft und fast in jedem eine Belastung erfährt, die von der Höhe der Diskontsätze abhängt, und da ferner der Wechselzinsfuß im Durchschnitt aller geschäftlichen Transaktionen noch über den amtlichen Satz des einzelnen Landes steht, so summiert sich die Wirkung eines hohen Diskonts zu einem nicht unwesentlichen Betrage, der entweder auf die Konsumenten abzuwälzen oder aber durch eine Minderung der Herstellungskosten herauszuwirtschaften versucht wird. Es kommt aber vom Standpunkte des Arbeitsmarktes noch eine weitere Wirkung hinzu, die große Beachtung verdient. Nach dem amtlichen Diskontsatz stellt sich auf allen Gebieten des Kapitalmarktes die Wertung aller Anlagepapiere fast automatisch ein. Verändert sich der amtliche Diskont, so wirkt diese Veränderung wie ein Preisregulator. Bei einem Steigen des Diskonts erfahren die feitzinslichen Werte je nach der Höhe ihres Zinssatzes eine Entwertung. Bei den Dividendenwerten richtet sich die Wertänderung nach den in Aussicht stehenden finanziellen Erträgen; sind gleiche Erträge in Aussicht, so tritt ebenfalls eine entsprechende Senkung des Kurses ein. Vermögen die Gesellschaften ein besseres Erträgnis herauszuwirtschaften, so kann die entwertende Wirkung eines höheren Diskontsatzes ganz vermieden werden. Nun liegt es aber im Interesse der Dividende tragenden Gesellschaften, die auf die Beanspruchung des öffentlichen Geldmarktes angewiesen sind, den Kurs des in ihnen verbenden Kapitals möglichst hochzuhalten. Dafür sorgt allein schon die gegenseitige Konkurrenz. Eine Erhöhung der Diskontrate wirkt daher auf die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften in der Weise, daß diese bestrebt sind, durch Erzielung einer höheren Dividende einer Entwertung des in ihnen verbenden Kapitals entgegenzuarbeiten. Das geschieht aber auf mannigfache Art, nicht zuletzt auch auf Konto der Arbeitslohnsummen, und hier ist der Punkt der Wirkung des höheren Diskonts, der für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Die Verteuerung am Geldmarkte steigert die Ansprüche der Kapitalmassen am Produktionsertrage und wirkt einer Vergrößerung des Anteils der Arbeit entgegen. Und da die Gesetze des Geldmarktes international sind und die heutige Verfassung unserer Centralnotenbanken dem internationalen Konner stark Rechnung trägt, vielleicht mehr als es bei anderer Organisation nötig wäre, so wirkt auch die Diskonterhöhung der Bank von England alsbald wieder auf den deutschen Geldmarkt zurück. Mit Besorgnis blicken die interessierten Kreise auf die Bewegung des Devisenkurses, der sich im Geldverkehr von Deutschland auf London bildet. Steigt er bis zu der Höhe, daß die Bezahlung von Schulden, die sonst mit Wechseln auf London bezahlt werden, durch Versendung von Bargeld rentabler wird, so strömt Gold nach England ab, und die Reichsbank säh sich veranlaßt, ihren Prozentsatz weiter zu erhöhen. Wie ungünstig aber eine weitere Verteuerung der Geldsätze wirken würde, das erhellt wohl aus den vorstehenden Ausführungen: im Kampf um den Anteil am Produktionsertrag würde die Tendenz, die auf ein Anwachsen des Kapitalanteils hinzielt, eine weitere Verschärfung erfahren.

Während auf dem Geldmarkte der Herbst eine überaus kräftige Steigerung der Nachfrage bringt, der gegenüber das Angebot unzulänglich ist, pflegt

am Arbeitsmarkt zwar erst auch eine starke Belebung der Nachfrage einzusetzen. Aber die Knappheit des Angebots ist nur von kurzer Dauer. Schon im Oktober wächst das Angebot, und die folgenden Monate bringen eine starke Belastung des gewerblichen Arbeitsmarktes mit überschüssigen Kräften, die über die Wintermonate den mehr oder weniger großen Umfang der Arbeitslosigkeit bedingen. Dadurch erhöht sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte, dadurch tritt für die Durchsetzung von Forderungen, die eine Besserung der Arbeitsbedingungen bezwecken, eine erhebliche Erschwerung ein. Aus dieser Tatsache ergibt sich, wie in einer Situation wie der jetzigen die Position des Kapitals innerhalb des wirtschaftlichen Prozesses günstiger ist als die der Arbeit. Nach der Septemberwoche überaus günstig für den Arbeitsmarkt. Der Andrang ging nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ schon bis auf 107,67 herunter. Dieser schon äußerst niedrige Stand kann in den nächsten fünf Monaten nicht festgehalten werden. Vor März nächsten Jahres ist an ein ähnliches Niveau des Andranges am gewerblichen Arbeitsmarkt nicht wieder zu denken, wenn auch der Grad der Besserung gegenüber dem Vorjahr, was anzunehmen und zu wünschen ist, noch zunehmen sollte. Aber absolut steigt der Andrang von September ab bis Ende Januar in äußerst scharfer Weise, um dann erst im Februar wieder, aber nicht entfernt bis auf das Niveau des Septembers zu sinken. Diese Gestaltung des Arbeitsmarktes ist gerade so eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung wie die herbstliche Anspannung am Geldmarkte, deren Grad freilich in den einzelnen Jahren sehr verschieden ist. Die Gestaltung des Andranges am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten dürfte in der Hauptsache in einer ähnlichen Kurve verlaufen wie im Jahre 1903/04, das in dem Ring von Niedergangs- und Aufschwungsperiode dem Jahre 1910 entspricht. Damals gestaltete sich aber der Andrang in den fraglichen Monaten wie folgt:

September	Oktober	November	Dezember
117,7	131,8	168,8	169,2
	Januar	Februar	März
	159,1	134,2	100,4

Der September 1910 stand schon etwas tiefer als der September 1903, aber nichtsdestoweniger ist mit einer ähnlichen Bewegung wie damals zu rechnen, die freilich durch verschiedene Umstände, so vor allem durch die Bitterung mehr oder weniger stark modifiziert wird. Der Septembervorsprung des laufenden Jahres bewirkt nämlich auch eine etwas stärkere Konzentration des Angebotes in den gewerblichen Distrikten, so daß die nächsten Monate einen Ausgleich des diesjährigen Vorsprungs im Vergleich zum Jahre 1903 bringen können. Jedenfalls aber muß bei allen Aktionen diese steigende Richtung des Andranges am gewerblichen Arbeitsmarkte von Oktober bis Januar berücksichtigt werden.

Berlin, am 23. Oktober 1910.

Rich. Calmer.

Statistik und Volkswirtschaft.

Heimarbeit in Australien.

Im australischen Staatenbund hat die Heimarbeit keine große Ausdehnung, besonders deshalb nicht, weil die Heimwerkstätten einer strengen Aufsicht unterworfen sind. Als „homeworkers“ oder „outworkers“ gelten nur die in ihren Wohnungen

erwerbstätigen Personen, welche für andere gegen Lohn arbeiten, nicht auch jene, die selbständig für ihre Kunden oder für den allgemeinen Markt produzieren. Bekannt ist die Zahl der Heimarbeiter in allen Staaten nur für die beiden Jahre 1907 und 1908; sie betrug:

Im Staat	1907	1908
Neu-Südwaless	592	596
Victoria	1429	1457
Queensland	264	171
Südaustralien	66	74
Westaustralien	18	11
Tasmanien	60	11
Im Staatenbund	2429	2320

Mehr als die Hälfte aller Heimarbeiter befinden sich im Staat Victoria. Im Jahre 1904 wurden in diesem Staat 991 Heimarbeiter gezählt, in Neu-Südwaless 439 und in Tasmanien 42; in Queensland, Südaustralien und Westaustralien werden sie erst seit 1907 verzeichnet. Die Heimarbeiter bilden kaum 1 Proz. aller in der australischen Industrie beschäftigten Personen.

H. F.

Arbeiterbewegung.

„Sozialdemokratische Wirtschaft“.

Unter diesem vielversprechenden Titel macht gegenwärtig eine Correspondenz die Kunde durch die staatsbehaltende „Presse“, und Blätter vom Schlage der „Germania“, „Neueste Nachrichten“ und andere arbeiterfeindliche Zeitungen drucken dieselbe mit frommem Eifer nach. Diesmal ist der Verband der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter das Objekt ihres Angriffes, und zwar suchen sie aus einer im Correspondenzblatt der Generalkommission enthaltenen kurzgefaßten Zusammenstellung der Ausgaben, die der Verband in den beiden Jahren 1908 und 1909 hatte, allen gläubigen Seelen klar zu legen, in wie unverantwortlicher Weise diese angeblich sozialdemokratische Gewerkschaft mit den ihnen anvertrauten „Arbeitergroßen“ wirtschaftet. Nun braucht der Verband der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter die Klarheit in seinen Berichten absolut nicht zu scheuen, ebensowenig wie die übrigen „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, diese stehen dabei nämlich in einem wohlthuenden Gegensatz zu den Berichten der zentrumschriftlichen Gewerkschaften, die meist auf gutgläubige Leser zugeschnitten sind. In der Correspondenz heißt es nun:

„Sozialdemokratische Wirtschaft. Der freigewerkschaftliche Verband der Buch- und Steinrudereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands“ hatte im Rechnungsjahr 1908/09 eine Gesamteinnahme von 426 390 Mk., die Ausgabe betrug 410 929 Mk., der Massenüberschuß 15 470 Mk. Der Verband zählte 14 725 Mitglieder, 6377 männliche und 8343 weibliche, deren Durchschnittsbeiträge zwischen 10 Mk. und 26 Mk. schwankten. Unterstützungen wurden gezahlt für Arbeitslose 57 400 Mk., für Kranke 55 236 Mk., für Wöchnerinnen 6070 Mk., für Rechtschutz 624 Mk., für Streiks 23 636 Mk., für Gemahregelte 3107 Mk., in besonderen Fällen 2377 Mk., an andere Gewerkschaften 1200 Mk., zusammen 187 659 Mk. Gegenüber diesen stemp- und Wohlfahrtsunterstützungen betragen die Ausgaben für das Verbandsorgan „Solidarität“ 37 078 Mk., Druckkosten und Verwaltungsmaterial 23 178 Mk., Agitationskosten des Vorstandes, der Zahlstellen und der Gaue 11 907 Mk., Kongress- und Delegationskosten 20 353 Mk., Gehälter und Remuneration 60 396 Mk., Unterrichtskurse der Generalkommission 2111 Mk., Beiträge an die Generalkommission 4380 Mk., zusammen für Agitation

und Verwaltung 159 403 Mk. Den Zahlstellen verblieben 38 646 Mk., Zuschüsse an die Zahlstellen für nicht angegebene Zwecke wurden 17 017 Mk. gezahlt, über ungefähr 8000 Mk. gibt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission vom 15. Oktober 1910 keine Auskunft. Der fünften Teil sämtlicher Ausgaben haben die Beamtengehälter und die Kongresse verschlungen. Arbeiterarosehen“

Diese, wahrscheinlich aus M.-Gladbach stammende Correspondenz, läßt zunächst annehmen, es handle sich um die Ausgaben 1908/09, also um ein Geschäftsjahr, während der im „Correspondenzblatt“ auszugsweise wiedergegebene Bericht die beiden Jahre 1908 und 1909 umfaßt. Die frommen Leute entrieten sich darüber, daß die Beamtengehälter und Kongresse den 5. Teil sämtlicher Ausgaben verschlungen hätten. Nun sei hier festgestellt, daß die Hauptausgabe für Kongresse auf den im Jahre 1908 abgehaltenen Verbandstag fällt, der die allerdings verhältnismäßig hohe Summe von 13 842 Mk. kostete. Der Verbandstag war aber nach Bestimmungen zusammengetreten, die im Jahre 1905 für 6000 Mitglieder zugeschnitten waren und demgemäß schon Zahlstellen mit 100 Mitgliedern einen Delegierten entsenden konnten, da aber die Mitgliederzahl bis zum Jahre 1908 auf 14 000 angewachsen war, ist diese Summe sehr leicht erklärlich. Die noch übrig bleibenden 6500 Mk. wurden in erster Linie bei den in beiden Jahren stattgefundenen Kongressen gebraucht, die sich aus Anlaß der verschiedenen Tarifbewegungen notwendig machten, und da wir uns der Erfolge unserer Tarifabschlüsse nicht zu schämen brauchen, so dürften diese Ausgaben in jeder Hinsicht gerechtfertigt sein. Die sich gleichfalls auf zwei Jahre verteilenden Ausgaben für Gehälter und Remunerationen enthalten 1956 Mk. Entschädigungen für Lohnausfall an Verbandsfunktionäre bei Ausübung ihrer Funktionen, die noch übrig bleibenden 59 413 Mk. verteilen sich auf 20 Angestellte, so daß durchschnittlich jeder Beamte 1465 Mk. in einem Jahre erhalten hat. Vielleicht hätte einer der Redakteure der „Germania“ Lust, für solch ein horrendes Gehalt in den Hilfsarbeiterverband als Beamter einzutreten?

Man wird vielleicht einwenden, die eigentliche Angabe, daß der 5. Teil aller Ausgaben von den „Beamtengehältern und den Kongressen verschlungen“ wurde, sei nicht widerlegt, sondern nur bestätigt worden. Auf Klarlegung der besonderen Verhältnisse brauchen fromme Blätter ja keine Rücksicht zu nehmen, wenn diese aber einmal untersuchen würden, welche Vorteile der Verband selbst in der wirtschaftlichen Krise für seine Mitglieder errungen hat, so würden ehrliche Leute eingestehen, daß die Ausgaben für Beamtengehälter und Kongresse, die zum größten Teil zur Durchführung von Tarifbewegungen notwendig waren, sich immerhin ganz gut bezahlt gemacht haben. Wenn diesen Leuten der Kosten Verwaltungsausgaben ebenfalls hoch erscheint, so sei darauf hingewiesen, daß dieselben im Jahre 1908 höher als sonst sein mußten, weil der Verband, der bis dahin nur einen Angestellten zur Führung der Geschäfte hatte, nun nach dem Anschwellen der Mitgliederzahl weitere Anstellungen vornehmen mußte, und demgemäß auch die notwendigen Bureau-einrichtungen angeschafft wurden, die als einmalige Ausgabe natürlich den Kosten Verwaltungsausgaben besonders belasteten, aber als bleibende Inventarwerte vorhanden sind. Dann zerbrechen sich die Herrschaften aber auch noch ihre Köpfe damit, wofür eine Summe von 8000 Mk. verwendet sein könnte, da darüber keine Angaben gemacht sind. Sie brauchen nur unsere veröffentlichten Rechenschaftsberichte anzusehen, dann werden sie finden, daß sich diese Aus-

gaben zusammensetzen aus 1391 Mk. für Postis, 1298 Mk. besondere Ausgaben bei Lohnbewegungen, 2111 Mk. für Unterrichtskurse der G.-K., 1000 Mk. für Sitzungsentwöhnungen und das übrige sind Beträge an Kartelle für Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung.

Wir können ferner unsern sorglichen Kritikern verraten, daß die 17 017 Mk. für „nicht angegebene Zwecke“ Vorschüsse sind, die den Zahlstellen gegeben wurden, damit sie Unterstützungen an Streikende auszahlen konnten, da naturgemäß die laufenden Einnahmen nicht zur Deckung so außerordentlicher Ausgaben ausreichen können. Diese Vorschüsse können aber erst in späteren Abrechnungen als zurückgezahlte Vor- oder Zuschüsse verrechnet werden, was die besorgten Herren auch ohne weiteres entdecken könnten, wenn sie sich auch nur ein wenig in den Einnahmen des Verbandes umsehen wollten; sie hätten dort finden können, daß in den beiden Berichtsjahren 20 658 Mk. aus der Hauptkasse erhaltene Vorschüsse zurückgezahlt sind. Aber auf ehrliche Feststellungen scheint es eben solchen Leuten nicht gerade anzukommen, wenn sie nur glauben, den ihnen so verhassten Arbeiterorganisationen, und sei es auch nur in Form der blödesten Verdächtigungen, eins versehen zu können.

Wie gut übrigens der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterverband den Vergleich mit dem christlichen graphischen Centralverband auszuhalten vermag, zeigt eine kurze Gegenüberstellung der Ausgaben beider Verbände im Jahre 1909. Das christliche Verbändchen (nebenbei gesagt zählt es 1552 Mitglieder, davon sind 1103 Buchbindereiarbeiter, 349 setzen sich aus allen möglichen Berufen zusammen, und etwa 100 kommen aus unserm Beruf in Betracht, magt sich aber an, eine Vertretung der graphischen Hilfsarbeiter zu sein), brauchte im Jahre 1909 für Unterhaltungszwecke: 40 Proz., für Zeitung: 13 Proz., für Verwaltung, Agitation usw.: 47 Proz. der gesamten Ausgaben. Wie sich die einzelnen Posten zusammensetzen, entzieht sich unserer Kenntnis, denn bisher hat es der christliche graphische Centralverband immer vermieden, genaue Ziffern über sein Kassengehen zu veröffentlichen. Demgegenüber stellen wir fest, daß der „sozialdemokratische“ Hilfsarbeiterverband im Jahre 1909 für Unterhaltungen 50 Proz., für Zeitung 9 Proz., für besondere Ausgaben bei Lohnbewegungen 2 Proz. und für Agitation, Postis, Verwaltung und dergleichen 39 Proz. seiner Ausgaben verwandte. Das sind jedenfalls ganz bedeutend niedrigere Ausgaben für Verwaltungszwecke, als in dem der „Germania“ und verwandten Blättern nachstehenden christlichen Verbändchen.

Es will uns fast bedünken, daß diese Blätter, die bei den freien Gewerkschaften so eifrig nach „Verschwendung von Arbeitergroschen“ forschen, ihre liebevolle Fürsorge einmal auf die ihnen doch gewiß näher stehenden christlichen Verbände anwenden sollten, um so mehr, als die unlängst erschienene Broschüre ihres Gesinnungsgenossen Wolf ein Tätigkeitsfeld ahnen läßt, das auch den eifrigsten Schnüffler befriedigen dürfte.

Berlin.

H. Loda H.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zu den Vorgängen in Moabit und den damit verbundenen Angriffen der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, nimmt die Gewerkschaftspresse allgemein Stellung. Einmütig verurteilt sie die Ausschreitungen des Janhagels wie das provozierende Vorgehen der Polizei nach den ersten

Krawallen. Ebenso entschieden wird der Versuch der Scharfmacher, aus jenen Vorgängen politisches Kapital gegen die Arbeiterbewegung zu schlagen, zurückgewiesen. Wir geben hier zwei Stimmen aus der Gewerkschaftspresse auszuweisungsweise wieder, die charakteristisch für die Beurteilung der Moabiter Krawalle in Gewerkschaftskreisen sind:

Die „Ledearbeiterzeitung“ bespricht in einem langen Artikel die Vorgänge selbst, ihre Ursachen und Begleiterscheinungen und kommt sodann zu folgendem Ergebnis:

„Für die industriellen Reaktionäre sind dies (die vorläufigen Ergebnisse der nächsten Reichstagswahlen) keine guten Aussichten. Vermehrter Arbeiterschutz, Sicherung des Koalitionsrechtes, stärkerer politischer Einfluß der Arbeiterklasse sind ihnen wie den Junkern verhasste Dinge, aber was Kultur- und Arbeiterfeindschaft anbelangt, so stehen hier die Junker den Vögeln ab. Sie, die an der Feuerung der Lebensmittel in den letzten Jahren Millionen über Millionen verdienten, die sie vom Brot- und Fleischwucher leben, sie haben alle Ursache, sich rechtzeitig gegen den Ansturm des Volkes zu verschanzten.“

Die jetzt von der reaktionären Presse geforderten Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung sind als Symptome jenes Kampfes aufzufassen, der, je näher die Reichstagswahl heranrückt und je höher die Konjunkturfurche steigt, um so heftiger entbrennen wird. Wozu schufen sich die Großindustriellen ihren besonderen Wahlfonds, ihren famosen „Zukunftsturm“, wenn nicht dazu, den Vormarsch der Arbeiterklasse auf allen Gebieten aufzuhalten. Junker wie Schlotbarone haben wahrlich Ursache, den kommenden Sturm, die Repräsentierung der längst fälligen Abrechnung durch das werktätige Volk zu fürchten; keine erfolgreichen Lohnkämpfe mehr, keine Wahlsiege der Arbeiterklasse, so lautet deshalb die Parole für die Unternehmerverbände und für sämtliche reaktionären Parteien. Will man aber die Widerstandskraft der Arbeiterklasse brechen, dann muß der Sieb nach dem Lebensnerv ihres Kampfes geführt werden und das sind die Gewerkschaften und die politischen Vereine der Arbeiter. Auf diese richten unsere Feinde die schwertigen Geschosse. Es ist gut, daß dieser Kanonade jetzt schon das Geplänkel anlässlich der Moabiter Krawalle vorausgeht. Damit hat der Feind den Arbeitern mit seiner Stellung gleichzeitig seine Absichten verraten. Die Arbeiterschaft kann sich so rüsten und vorbereiten. Sie wird ihre Rechte zu verteidigen wissen und ihre zunächst ernsteste Aufgabe darin erblicken, die eigenen Bataillone auf Kriegsstärke zu vermehren, denn nur so kann sie den Sieg erringen über ihre Widersacher und die geplanten Schandgesetze.“

Die „Allgemeine Steinleber-Zeitung“ nennt ihren Artikel „Wozu man Streikfrawalle braucht!“ und zeigt darin ihren Lesern das Treiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die von ihr gebrachten Zitate aus der vom Reichsverbande gespeisten reaktionären Presse müssen geradezu aufreizend selbst auf jeden indifferenten Arbeiter wirken. Zum Schluß sagt das Blatt, nachdem es die Tätigkeit der Streikbrecher beleuchtet hat, folgendes:

„Nedenfalls beweisen aber diese Vorgänge, daß die herrschenden Klassen tatsächlich daran zu verzweifeln beginnen, die sich in gesetzlichen Bahnen bewegende Arbeiterbewegung mit gesetzlichen Mitteln noch nach ihren Begriffen meistern zu können. Und wenn die Staatsgewalt selbst auch die Anwendung ungesetzlicher und unmoralischer Maßnahmen nicht direkt anregt und empfiehlt, so steht sie doch teilnahmslos zu, wie ihre Organe sich die Hilfe verbrecherischer und zu Verbrechen neigender Elemente ganz gern gefallen lassen. Sie läßt es weiterhin ruhig geschehen, daß die von diesen Elementen provozierten Exzesse in den ihr nahestehenden und zum großen Teile von ihr direkt abhängigen Drameen dazu benutzt werden, die gesetzgebenden Organe aufzustacheln zu ausnahmegesetzlichen Unterdrückungsmahnahmen gegen diejenigen großen Volksgruppen, die für die Exzesse in keiner Weise verantwortlich sind.“

Diese Vorgänge beweisen aber auch weiterhin, daß es in den wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft dringend notwendig ist, die eiferndste und unerbittlich strengste Disziplin

zu wahren, weil man ja nie wissen kann, ob man es in den Arbeitswilligen nicht mit 2 a la Hünke zu tun hat, die bloß darauf warten, die Streifenden an das Messer der Staatsanwaltschaft liefern zu können, weil sie wissen, daß ihnen nichts passiert, wenn sie die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter in der gemeinsten und brutalsten Weise provozieren. Sie fühlen sich ja unter den Fittichen der Polizei bereits so sicher, wie die „Schwarzen Hundert“ in Rußland unter dem Ehrenprotectorat des Zaren . . .“

Nach Berichten in der Presse hat die Zahlstelle der Theaterarbeiter des christlichen Verbandes der Staats- und Gemeindegewerkschaften in München beschlossen, aus diesem Verbande auszutreten und unserem Gemeindegewerkschaftenverbande beizutreten. Die Ursache zu diesem Austritt aus dem christlichen Verbande soll die arbeiter-schädigende Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in den Parlamenten bezüglich der Steuergesetzgebung usw. sein.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein veranstaltet in den nächsten Wochen eine große Zahl von Agitationsversammlungen im ganzen Reich. Die Nr. 43 des Verbandsorgans ist für diesen Zweck mit besonderem Inhalt herausgegeben worden.

Die Zahl der Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes betrug am Schlusse des 2. Quartals 12 286 gegen 11 457 am Schlusse des vorgehenden Quartals. Das Verbandsvermögen belief sich auf 246 180 Mk.

Der Vorstand des Schneiderverbandes hat beschlossen, eine weibliche Arbeitskraft zur Leitung der Agitation unter den Arbeiterinnen des Berufes anzustellen. Der Sitz soll in Berlin sein und wird die anzustellende Kraft im Bureau des Verbandsvorstandes, soweit ihr neben der Agitation Zeit verbleibt, mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Das Anfangsgehalt ist auf 2100 Mk., steigend jährlich um 75 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2600 Mk. pro Jahr, festgesetzt. Die Anstellung erfolgt am 1. Januar 1911. Bewerbungen sind bis zum 15. November an den Verbandsvorstand einzureichen. Zugelassen sind nur Verbandsmitglieder.

Der Tapeziererverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 9311 Mitglieder, darunter 113 weibliche. Seit dem dritten Quartal 1909 sind fast 1000 Mitglieder gewonnen worden. Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist noch recht bedeutend. Im 3. Quartal wurden 1797 arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt; die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit betrug 22 600 Tage.

Aus den finnischen Gewerkschaften.

Die Stellung Finnlands zu Rußland hat es bewirkt, daß seit Beginn der Arbeiterbewegung in unserem Lande die gewerkschaftliche Bewegung hinter der politischen zurückstehen mußte. Das war an sich natürlich, denn ohne die erst durch politische Belästigung zu erringende Koalitionsfreiheit kann die gewerkschaftliche Organisation kaum existieren. Erst im Jahre 1905 wurde die Vorbedingung für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter durch den sogenannten „Nationalstreik“ geschaffen und seitdem haben sich die Gewerkschaften in Finland entwickeln können. Die meisten Verbände wurden im Jahre 1906 gegründet; die Bewegung zählte im Jahre 1907 bereits in 36 Berufsgruppen 16 316 Organisierte, davon 1893 Frauen und 465 Lehrlinge. Im gleichen Jahre wurde die Finnische Landesorganisation als Centralorganisation der Gewerkschaften Finnlands gegründet. Die Entwicklung der Landesorganisation geht aus folgenden Zahlen hervor:

Jahr	Zahl der angeschlossenen Verbände	Zahl der Filialen	Zahl der Mitglieder
1908	18	429	23 419
1909	27	585	23 126
1910	26	601	19 928

Während der ersten Jahre gehörten der Landesorganisation auch einige Lokalorganisationen an, so daß im Jahre 1908 die Gesamtmitgliederszahl 25 197 und 1909 24 009 betrug. Wie aus den Zahlen ersichtlich, hat die Organisation in den letzten Jahren keine Fortschritte in der Mitgliederzahl aufzuweisen; vielmehr ist ein Rückgang festzustellen.

Das erklärt sich indes aus der wirtschaftlichen Krise, die gerade einsetzte, als die Arbeiter an die Gründung ihrer Gewerkschaften herantreten. Die Unternehmer, die sehr wohl den kommenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorauszusehen vermochten, bedienten sich der wirtschaftlichen Krise, um dem entgegenzuwirken. Große Kämpfe entstanden. Die Arbeiter, die im Jahre 1905 ihre Macht kennen gelernt hatten, muteten ihren Organisationen zu viel zu und ließen sich von den Unternehmern zu Streiks provozieren. 1908 begann ein Streik der Metallarbeiter in Tammersfors und Jacobstad der von den Unternehmern mit einer Aussperrung von 4000 Arbeitern beantwortet wurde. Diese Aussperrung dauerte vom 1. Oktober bis 12. November und wurde durch gegenseitige Konzessionen beigelegt. Aber schon am 1. Januar begann ein gleicher Kampf aufs neue, in welchem alle Vorteile auf Seiten der Unternehmer waren. Diese neue Aussperrung betraf 2000 Arbeiter, die eine Niederlage erlitten. Gleichzeitig nahmen die Unternehmer der Papierfabrikation die Gelegenheit wahr, den Arbeitern die hier eingeführte achtfündige Arbeitszeit zu entreißen. Der Kampf in den vier Papierfabriken dauerte vom 15. November 1908 bis 1. Mai 1909; die Arbeiter wurden gezwungen, den Zwölfstundentag anzuerkennen.

Diese beiden Niederlagen sind nicht ohne nachhaltige Wirkungen geblieben. Die Landesorganisation war gezwungen, zur Unterstützung der kämpfenden Extrabeiträge zu erheben, die im Laufe eines Jahres pro Mitglied 16 Mk. betragen. Die hohen Extrabeiträge schädigten die junge Bewegung. Viele Mitglieder, die nicht genügend geschult waren, fehlten der Organisation den Rücken. Aber dennoch gelang es den Unternehmern keineswegs, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu vernichten. Die verbliebenen Mitglieder sind im Kampfe erprobt und sie werden auch die Organisation aufrecht erhalten. Die Ueberzeugung, daß nur durch kapitalfräftige zentralisierte Organisationen ein Gegengewicht gegen die gut organisierten Unternehmer geschaffen werden kann, wurzelt in den Mitgliederfreisen fest und auf allen Verbandstagen kann man beobachten, wie die Beiträge um selbst bis zu 200 Proz. erhöht werden. Ebenso werden die Monatsbeiträge in Wochenbeiträge überall umgewandelt. Durch diese Vorebungen sind die Massenverhältnisse bessere geworden. Zu Beginn des Jahres hatten die 26 Verbände ein Vermögen von zusammen 271 739,98 Mk., ihre Einnahmen im vergangenen Jahre betragen 405 158,50 Mk. und die Ausgaben 396 289,84 Mk. Außerdem hatten die Verbandsfilialen an Einnahmen 351 289,84 Mk., an Ausgaben 348 196,54 Mk.; ihr Vermögen betrug am Jahresbeginn 245 304,51 Mk.

im Vordergrund steht, was ja auch eigentlich der Anlaß für die Gründung des neuen College war. Und da ist es interessant, hervorzuheben, daß die Eisenbahner den Anstoß zur Gründung des Instituts gaben. Bis jetzt sendet allerdings dieser Verband seine Mitglieder nach dem Austrian College, doch wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist anzunehmen, daß daselbe noch in diesem Jahre das Labour College offiziell anerkennen wird, da es zu der Jahreskonferenz Delegierte entsandte. Bis jetzt steht das neue College finanziell auf sehr schwachen Füßen.

London im August. W. Weingart.

Kongresse.

Der sechste österreichische Gewerkschaftskongreß.

Der Gewerkschaftskongreß, dem man mit so viel Spannung entgegen sah, ist vorüber. Er brachte den Zentralisten das, was sie erwarteten: eine starke Betonung des international-einheitlichen Charakters der Gewerkschaftsbewegung. In ebenso entschiedener, als würdiger Weise befandete der Kongreß, daß die übergroße Mehrzahl der österreichischen Gewerkschafter von einer nationalen Zerreißung der Zentralverbände nichts wissen will. Klipp und klar wurde es in der vom Kongresse angenommenen Resolution ausgesprochen, daß bei den von der Gesamterefutiv der österreichischen Sozialdemokratie eingeleiteten Einigungsverhandlungen, das Prinzip der zentralistischen Organisation nicht um ein Endchen verlassen werden dürfe. Nicht der Zentralismus ist in der Lage noch weitere Konzessionen zu machen, sondern — das ist die Meinung des Kongresses — der Separatismus hat sich zu Konzessionen zu bequemen, wenn ihm an einem Bleiben in der proletarischen Internationale noch etwas liegt.

Trotz der reichen Tagesordnung war der Kongreß fast völlig von der Diskussion über den zentralistisch-separatistischen Konflikt beherrscht. Nicht nur räumlich nahm diese Debatte den größten Platz ein, sie erfüllte auch mehr als alles andere die Köpfe der Delegierten und löste die größte Teilnahme an den Verhandlungen aus. Im großen und ganzen konnte man zwei Richtungen am Kongresse unterscheiden. Die einen waren der Einigung zuliebe zu bedeutenden Konzessionen an die tschechischen Separatisten bereit. Sie wollten sogar soweit gehen, daß in der Resolution wohl die einheitliche organisatorische Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie die einheitliche Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe, verlangt werden sollte, daß aber das Prinzip der zentralistisch-einheitlichen Organisation nicht auszusprechen sei. Die Vertreter dieser Ansicht waren vor allem die Parteiführer, ihnen hatte sich aber auch die Gewerkschaftskommission angeschlossen. Die Kongreßdelegierten waren in ihrer großen Mehrzahl anderer Meinung. Sie wollten von derartigen weitgehenden Konzessionen an den Separatismus nichts wissen. Das absolute Festhalten und die unzweideutige Betonung des zentralistischen Prinzips war ihre Devise. Am stärksten wurde diese Ansicht von den Zentralisten der tschechischen Nation vertreten. Sie, die am schwersten Kämpfe mit den Separatisten am unmittelbarsten beteiligt sind, warnten eindringlich vor einem weiteren Nachgeben. Die Separatisten, so wurde von ihnen ausgeführt, wollen die nationale Trennung um jeden Preis, auch die weittragendsten Konzessionen würden sie nicht mit dem Prinzip der Zentralorganisation ausöhnen; also nehme man

endlich mit Energie den hingeworfenen Fehdehandschuh auf und führe einen entschlossenen Krieg. — Wenn diese Ansicht am Kongresse auch nicht völlig zum Siege gelangte, mußten ihr doch sehr bedeutende Konzessionen gemacht werden. In die kommenden Einigungsverhandlungen — die zu beschließen die tschechische Sozialdemokratie übrigens noch gar nicht beschlossen hat — werden die Vertreter der Zentralgewerkschaften mit dem Auftrage eintreten, am Prinzip der zentralistischen Organisation nicht rütteln zu lassen.

Im festlich geschmückten Saale des Arbeiterheims Favoriten trat der Kongreß Montag, den 17. Oktober, zusammen. Zahlreicher als an allen früheren Kongressen war die Beschiebung. Vierhundertvierzig Delegierte aus allen Gauen Österreichs waren erschienen. Außerdem waren anwesend: der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau Camille Hunsmans, als Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands und des Internationalen Gewerkschaftssekretariats Carl Legien, als Vertreter der ungarischen Gewerkschaften Jászai und Teszari und als Vertreter der bosnischen Gewerkschaften Kaufser aus Sarajevo. Natürlich hatten auch die Parteileitung, der sozialdemokratische Klub im Abgeordnetenhause und eine Reihe anderer Arbeiterkorporationen Delegierte entsendet.

Vor der Kongreß in seine Tagesordnung einging, ergriff Hueber das Wort, um eine Kundgebung gegen die so drückend gewordene Lebensmittelpreissteigerung zu beantragen. Der Kongreß beschloß eine Resolution, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auffordert, „sich an dem politischen Kampfe gegen die kapitalistisch-agrarische Steuerpolitik zu beteiligen und durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung den proletarischen Konsum zu organisieren.“ Es müßten aber auch die Gewerkschaften rastlos an dem Ausbau der eigenen Organisation arbeiten, denn in der gewerkschaftlichen Organisation erblicke der Kongreß „das wichtigste und wirksamste Mittel zur Abwehr der verheerenden Wirkungen der Steuerung“.

Nach Begrüßung durch die auswärtigen Delegierten erstattete Hueber den Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission. Er besprach die zufriedenstellenden Leistungen der österreichischen Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterstützungswesens, erörterte dann die wichtigsten Vorkommnisse auf organisatorischem Gebiete, wobei er insbesondere warme Worte für die Wirksamkeit der Jugendorganisation und des neugegründeten Gewerkschaftsfrauencomités fand. Einer eingehenden Würdigung unterzog Hueber das Wirken der sich rasch entwickelnden Unternehmerorganisationen. Unter ihrem Einflusse sind die Wirtschaftskämpfe erbitterter und riesenhafter geworden. Ein gewaltiger Zusammenstoß werde wohl im Jahre 1913 erfolgen müssen, denn die Unternehmer haben es so einzurichten verstanden, daß sehr viele Tarifverträge in diesem einen Jahre zum Ablauf kommen. Mehr als 350 000 Arbeiter dürften im Jahre 1913 vor der Erneuerung des Tarifes und wahrscheinlich vor großen Kämpfen stehen.

Den Berichten über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission schlossen sich Berichte der Institutionen an, in denen die Arbeiterschaft einigen Einfluß besitzt. Der Abgeordnete Müller berichtete über die Tätigkeit des statistischen Amtes und des Arbeitsbeirates. Er erörterte die statistischen Arbeiten,

Die Einnahmen der Verbände entfallen auf: regelmäßige Beiträge 124 853,08 Mk., Streifbeiträge 95 056,32 Mk., Zinsen 7396,51 Mk., Zuschüsse von der Landesorganisation 61 172,73 Mk., vom Ausland 9247,76 Mk., Geschenke 34 312,90 Mk., Literatur 5616,80 Mk., sonstige Einnahmen 57 386,08 Mk. Die größeren Ausgaben entfallen auf: Kämpfe 154 650,35 Mk., Verwaltung 47 926,02 Mk., ausländische Kämpfe 17 348,40 Mk., Arbeitslosenunterstützung 14 003,55 Mk., Literatur 13 875,46 Mk. usw.

Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, sind die Gewerkschaften fast reine Streiforganisationen, die noch nicht die Aufgabe haben, ihre Mitglieder in anderen Notlagen zu unterstützen. Um in dieser Hinsicht eine Aenderung herbeizuführen und die Aufmerksamkeit der Organisationen auch auf ihre sonstigen Aufgaben zu lenken, erjuchte der Kongreß der Landesorganisation letzten Herbst die Verbände, Arbeitslosenkassen zur besseren Fesselung der Arbeiter an ihre gewerkschaftliche Organisation zu gründen. Diese Aufforderung hat zu einer lebhaften Diskussion in den Organisationen geführt und binnen kurzem dürften Arbeitslosen- und andere Hilfskassen entstehen.

Während des letzten Sommers wurde eine lebhafte Lohnbewegung im Baugewerbe geführt und zwar in den Städten Waja, Turko und Helsingfors. Schon im Jahre 1906 wurden die Bauunternehmer in Helsingfors zur Anerkennung des Neunstundentages gezwungen; 1908 kündigten sie den Tarif, um die Wiedereinführung des Zehnstundentages zu erreichen. Sie leiteten übrigens eine allgemeine Aktion für die Verlängerung der Arbeitszeit ein, die Verträge wurden allgemein gekündigt, so daß im letzten Frühling alle Kollektivverträge im Baugewerbe abgelaufen waren. Als die Unternehmer die Löhne der Maler herabzusetzen begannen und auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern suchten, brach am 15. April d. J. der Kampf im Malergewerbe aus. Der gleiche Anlaß führte am 1. Mai zu einem Streik der Steinarbeiter. Beide Kämpfe dauerten bis zum 2. Juli; sie wurden durch eine allgemeine Vereinbarung für das gesamte Baugewerbe in Helsingfors beigelegt. Diese Vereinbarung verbietet alle Arbeitseinstellungen während der Vertragszeit; alle entstehenden Streitigkeiten werden einem Schiedsgericht unterbreitet, die neunstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Die Arbeiter haben das Recht, einen Vertrauensmann auf dem Arbeitsplatz zu wählen, dessen Aufgabe die Ueberwachung der Einhaltung des Vertrages ist. Maßregelungen dürfen nicht vorkommen, dem Unternehmer steht das Recht der „Leitung und Verteilung der Arbeit“ sowie die Einstellung und Entlassung von Arbeitern zu.

Da jedoch der Vertrag die Beibehaltung der alten Löhne stipulierte, verweigerten die Arbeiter der anderen Berufsgruppen die Unterschrift, bis ihre Lohnfrage geregelt sei. Die zu diesem Zwecke bis zum 22. August geführten Verhandlungen verliefen resultatlos, so daß man, um den Kampf zu vermeiden, die Einsetzung von sechs Schiedsgerichten, denen die Entscheidung über die Löhne zugesprochen wurde, beschloß. Auf diese Weise kamen die Verträge zustande; sie garantieren den Stundenlohn und die neunstündige Arbeitszeit. Die Bewegung verlief also für die Arbeiter günstig.

Im allgemeinen geht die gewerkschaftliche Bewegung in Finland jetzt nach dem Eintritt einer besseren Konjunktur wieder vorwärts. Jedoch, wie lange? Das Vereinsgesetz ist in Petersburg nicht genehmigt worden und die russische Reichsgesetz-

gebung beginnt mit der Anute sich nach Finland auszustrecken. Darunter wird eventuell auch die gewerkschaftliche Bewegung sehr zu leiden haben, aber es wird die Aufgabe der finnischen Arbeiter sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterbewegung über die Reaktion schließlich triumphiert.

Helsingfors.

Cero Saapalainen.

Die Bildungsbestrebungen der englischen Gewerkschaften.

Der vor nunmehr zwei Jahren ausgebrochene Streit zwischen der Exekutive und den Lehrern des Ruskin College einerseits und den residierenden Studenten andererseits führte bekanntlich zur Gründung einer rein sozialistischen Hochschule unter dem Namen „Central Labour College“. Anfangs August hielt dieses Institut in der Universitätsstadt Oxford seine erste Jahresversammlung ab. Auf derselben waren 56 Delegierte anwesend, die eine Reihe von Gewerkschaften vertraten. Die Richtung der neuen Hochschule wurde vom Präsidenten der Konferenz, Genossen George Barker von der südwalisischen Bergarbeiterorganisation, in folgenden kurzen Worten dargelegt: „Es könne heute kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß das Central Labour College die wirkliche Arbeiteruniversität ist. Man habe zwar versucht, eine Vereinigung beider Institute herbeizuführen, doch seien die nach denselben geleiteten Prinzipien so verschieden, daß sich ein gemeinsames Arbeiten einfach als unmöglich erweist. Das Central Labour College vertrete einen viel freiberlicheren Standpunkt als das Ruskin College; es wolle von seinen Studenten brauchbare und fähige Mitarbeiter am Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse heranbilden.“

Aus dem Bericht ging hervor, daß im vergangenen Jahre außer den Lehrklassen Vortragskurse über folgende Themata abgehalten wurden: Soziologie, Logik, Rhetorik, englische Sprache, Pädagogik, elementare Wissenschaft, soziale Bewegungen wie Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung und sozialistische Bewegung. Ferner allgemeine, englische und industrielle Geschichte, moderne Nationen, politische Ökonomie. In diesem Jahre sollen Vortragskurse beigelegt werden über: konstitutionelle Geschichte, Kommunalverwaltung und klassische Ökonomie. Es ist der Wunsch des Rektors des College, Professor Gird, daß die Studenten die Möglichkeit haben, ihre Studien solange fortsetzen zu können, bis sie imstande sind, innerhalb und außerhalb des College selbständige Vortragskurse halten zu können, und sind auch in dieser Beziehung bereits gute Erfolge zu verzeichnen. Das College eröffnet auch Lehrklassen und arrangiert Vortragskurse in einzelnen Städten, und wurde hiermit im vergangenen Winter in Rochdale der Anfang gemacht, wo Mr. W. W. Craik vom Verband der Eisenbahner Lehrer und Vortragender war.

Bis jetzt stehen die großen Gewerkschaften dem Labour College teilnahmslos gegenüber. Die Maschinbauer, Kesselschmiede, Baumwollspinner senden ihre Mitglieder, die sie jährlich ausbilden lassen, noch immer nach dem Ruskin College, was ja auch teilweise von Gewerkschaftsführern verwaltet wird.

Es scheint der Unterschied in diesen beiden Hochschulen darin zu liegen, daß das Ruskin College teilweise in den Händen der Oxforder Universität liegt und der Sozialismus möglichst in den Hintergrund gedrängt wird, während das Labour College vollständig von den Repräsentanten der Arbeiterorganisationen verwaltet wird und die sozialistische Lehre

eigenes Blatt, das wir ihnen schuldenfrei zur Verfügung gestellt haben und in dem sie nach Gutdünken schreiben können. Wir haben ihnen ein eigenes Haus verschafft, obwohl die Centrale in Wien ein solches noch gar nicht besitzt. Ich kann sagen, wir hängen innerlich in wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer und agitatorischer Beziehung kaum mehr mit einem Zwirnstrang zusammen. Wir haben alles getan und trotzdem kommt an uns ebenfalls jetzt die Gefahr heran."

Die Vertreter der einzelnen Branchen: Schuhmacher, Schneider, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter usw. berichteten alle von ganz demselben Verhalten der Separatisten in ihrem Verbandsverbande. Man müsse erkennen, so führten sie aus, daß die tschechische Partei aus parteipolitischen Motiven die separatistische Gewerkschaftsorganisation unter allen Umständen wolle und daß infolgedessen auch das weiteste Entgegenkommen zwecklos sei. Dabei spielte in der Diskussion auch die sehr anrüchliche Art, wie die Separatisten die Trennung vielfach durchzuführen, eine sehr große Rolle. So wurde unter großer Erregung des Kongresses berichtet, daß vor kurzem der separatistische Redakteur des Fachblattes der Bergarbeiter mit dem tschechischen Verbandsorgan unter Witnahme aller Geschäftsbücher und auch der Gelder einfach durchgehen wollte. Er versuchte auf diese Weise das zentralistische Blatt den Separatisten in die Hände zu spielen. — Die tschechische Partei, so wurde auf dem Kongresse von den tschechischen Centralisten berichtet, stecke hinter allen Anschlägen gegen den Zentralismus, sie habe ein Kesseltreiben gegen alle zentralistisch gesinnten Gewerkschafter organisiert. So berichtete der Brünner *Jura*: Die tschechischen Parteigenossen haben aus der Frage der Zerstückelung der Gewerkschaften eine Ehrenfrage gemacht und von diesem Gesichtspunkt aus haben sie eine ganze Reihe von (zentralistischen) Genossen ausgeschlossen, wozu die Parteivertretung in Prag ihre Sanction gegeben hat."

Die Schikanierungen der Genossen durch die Institutionen der tschechischen Sozialdemokratie gingen nicht nur gegen die Sekretäre, sondern gegen ganze politische Organisationen, und zwar deshalb, weil diese nicht für die Spaltung der Gewerkschaften auftraten und gegen die nationalen Gewerkschaften waren. Weil diese tschechischen Genossen die Maßfeier gemeinsam mit den deutschen Genossen veranstalteten, wurden 16 Brünner politische Organisationen ausgeschlossen. (Stürmische Aufe: Hanba!) Sei es direkt dadurch, daß sie in dem Dekret genannt sind, sei es indirekt dadurch, daß ihnen keine Parteimarken gegeben werden, damit die Genossen nicht die Parteisteuer zahlen können. Auf der anderen Seite wird aber gesagt, daß die tschechischen Centralisten durch ihren ganzen Stumpf zum Syndikalismus treiben, das heißt, daß sich eine Strömung vorbereitet, die nur die gewerkschaftliche Betätigung wünscht, um mit der Politik nichts zu tun zu haben. Damit dieses Odium auf die Genossen nicht falle und weil die Genossen auch den festen Willen haben, sich politisch zu betätigen, waren sie gezwungen, eigene politische Organisationen zu gründen, und es wurde schon von der Genossin Staunig festgestellt, daß das keine neue Partei ist, sondern die alte Internationale."

Heinrich Beer und Viktor Adler verteidigten die von der Gewerkschaftskommission vorgelegte Resolution. Diese wolle nichts anderes, als den Unterhändlern bei den Einigungsverhandlungen freie Hand geben, aber es sei selbstverständlich, daß an den Grundprinzipien des Zentralismus nicht gerüttelt werden dürfe. Im Rahmen des Zentralismus sei vielleicht noch ein weiteres Entgegenkommen möglich. Diesen Ausführungen stimmte jedoch die Mehrheit des Kongresses nicht zu. Sie wollte in der Resolution ausdrücklich die einheitliche Organisationsform, nicht nur die einheitliche Führung der Kämpfe, festgehalten wissen. Es wurde schließlich eine Antragskommission eingesetzt mit dem Auftrage, dem

Kongresse eine neue Resolution zu unterbreiten. Die Resolution dieser Kommission hatte folgenden Wortlaut:

Der Kongress bekräftigt den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, den er über die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Staaten als richtunggebend gefaßt hatte.

Die Weisung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und stultur in allen Staaten — in Oesterreich im besonderen — führen mußte, hervorgerufen worden.

Es ist durch diesen Beschluß festgestellt worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaften kein leerer Rahmen sei, sondern einen wesentlichen und grundsätzlichen Inhalt: die Konzentration der Mittel und Kräfte, in sich trägt, die dem kämpfenden Proletariat den Erfolg für sich leichter zu erringen vermag als durch das getrennte Markieren und vereinte Schlägen. In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Bedrückung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Oesterreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft, sowohl im Angriff als auch in der Abwehr, verzichten wollten, und deshalb verzichten wollten, weil nationale Wirrnisse sich dieser Einheitlichkeit entgegenstellen.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongress, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hieron nicht abzuweichen.

Der Kongress billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Bescheidung der Einigungskommission, die von der Gesamtergebnisse der Sozialdemokratie in Oesterreich in Vorschlag gebracht wurde, gab.

Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlusfassung über die Bescheidung der Einigungskommission von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongress einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammentritts dieser Einigungskommission, indem sie sich die Bescheidung dieser Kommission — erst nach der Abhaltung des tschechisch-slavischen Kongresses — vorbehält. Die Hinausschiebung des Termins der unverbindlichen Aussprache über die prinzipiellen Streitfragen, die für den Kongress der Centralverbände sowie für den Kongress der tschechisch-slavischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen guter und im Dienste der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslos, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benehmen fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongress die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten.

Sollten diese Verhandlungen dann zu einer die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Centralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgeführt werden. Der Kongress richtet daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Centralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und in der Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbirgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Oesterreich!

Diese Resolution wurde unter stürmischem, langanhaltendem Beifall einstimmig angenommen. Eben- so ein zweiter Antrag, der verlangt, daß die Ein-

die von Amts wegen in der letzten Zeit durchgeführt wurden, und besprach die Gesetzesvorlagen, die der Arbeitsbeirat zu beraten hatte. Im allgemeinen könnten die Leistungen des Arbeitsbeirates die Arbeiterschaft nicht befriedigen, denn erstens ergäbe seine Zusammensetzung einen zu großen Einfluß der Arbeiterfeinde, und zweitens sei die Beachtung, die die Gesetzgebung den Arbeiten des Arbeitsbeirates schenke, nicht eben sonderlich groß. — Noch viel kläglich als die Wirksamkeit dieser Institution war die des Wasserstraßenbeirates, denn der konnte überhaupt keine Wirksamkeit entfalten. Er wurde von der Regierung nicht einberufen. — Ueber die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission berichtete der Abgeordnete Wiedholz. Diese Kommission brachte einige Verordnungen zutage, die freilich nicht entsprechend eingehalten werden. Bei dieser Gelegenheit kritisierte Wiedholz mit scharfen Worten die Gewerbeinspektion, die, vielfach mit bürokratischen Arbeiten überhäuft, außerstande sei, fruchtbare Tätigkeit zu vollbringen.

Nun schritt der Kongreß zu seinem wichtigsten Beratungsgegenstande, dem Kampfe um die einheitliche Gewerkschaftsorganisation. Hueber erstattete das Referat: Einleitend kam er auf die Begrüßungsreden der Genossen Dr. Adler und Gushmans zurück. Adler habe sich sehr um die Einleitung von Friedensverhandlungen bemüht und Gushmans, der über Prag hierher gereist ist, hat uns gesagt, daß die Prager Genossen zum Frieden geneigt seien. Man könne sich nicht enthalten zu sagen: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Hueber gibt eine ausführliche geschichtliche Darlegung der Streitfrage, um dann die gegenwärtigen Verhältnisse zu besprechen. Nach Kopenhagen sind die Centralisten keineswegs gegangen, um die Separatisten anzuklagen. Wir wollten sie durch einen provozierten Beschluß der Internationale überzeugen, daß sie sich auf einem Irrweg befinden, und unter dem Einfluß der Genossen auf dem Internationalen Kongreß wollten wir versuchen, sie wieder auf den richtigen Weg zu führen. Das ist nicht gelungen. Die Separatisten haben nach dem Schiedspruch des Internationalen Kongresses den Kampf gegen die Centralisten noch schärfer, noch erbitterter geführt als vordem. Wir wollen aber feststellen, daß wir trotz alledem den Willen zum Frieden haben. „Keiner auf dem Kongreß ist da, der den Frieden nicht will; aber einen Frieden, der möglich ist, einen Frieden, der die Schlagfertigkeit und die Kraft der Gewerkschaftsorganisation nicht unterbindet. Ein Friede, der das nicht bringt, ist unmöglich, und schade um die Zeit, die wir daran wenden, um zu verhandeln.“ Die Gewerkschaftskommission hat eine Resolution ausgearbeitet, die für die kommenden Einigungsverhandlungen das Mindestmaß der centralistischen Forderungen enthält. Es wäre taktisch klug, wenn der Kongreß sich mit dem begnügen würde, was diese Resolution enthält.

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ausgeschlossen ist, und daß keiner hier auf diesem Kongreß der Meinung sein kann, daß die tschechischen Genossen morgen ihre separatistischen Organisationen auflösen werden. Ebenso wie wir manches, was darüber geschieht, als Wahnsinn erklären müssen, ebenso wäre es ein Wahnsinn von uns, zu glauben, daß das möglich wäre. Aber wir sind verpflichtet, den tschechischen Genossen einen Weg zu zeigen und ihnen ein Uebergangsstadium zu ermöglichen. Gewerkschafter, wollt ihr die Einheit der Gewerkschaftsorganisation erreichen, so

müht ihr diese Grundbedingungen zur Einheit erfüllen, um den tschechischen Genossen die Möglichkeit hierzu zu geben. Ich tue immer sehr gern mit, wenn es gilt, intransigent zu sein; aber wo ich weiß, daß es unmöglich ist, auf diesem Wege zu einem Frieden zu kommen, dann ist es bei mir auch mit der Intransigenz aus. Da mußte ich mir sagen, daß es ein Zwingen auf die Knie nicht geben kann. Wir haben immer gesagt, wir halten an dem Grundsatz fest, daß wir als Gleiche mit Gleichen verhandeln. Was wir vorschlagen, ist noch kein Kompromiß, sondern ein Weg dazu. Das Kompromiß ist noch weit weg. Erst werden die Verhandlungen stattfinden und diese werden dann zeigen, ob ein Kompromiß möglich ist. Da hängt es von den tschechischen Genossen selbst ab, wie sie sich den Weg zur einheitlichen Organisation vorstellen. Nehmen sie das in der bekannten bisherigen Weise ab, ja dann haben wir unser Bestes getan. Da haben sie unseren guten Willen zurückgewiesen. Dann können wir aber auch, was wir hier beschließen, der ganzen internationalen Welt zeigen und können es vor ihr verantworten, ohne daß man uns je beschuldigen könnte, daß wir nicht alles getan hätten, um zum Frieden zu kommen. Entweder ist der Wille bei uns vorhanden, dann ist auch die Möglichkeit bei uns, das zu bekunden. Und ich glaube, daß das können bei den anderen schwieriger ist als bei uns. Deshalb müssen wir ihnen die Brücke bauen. Ich bitte Sie, Genossen, diese Resolution anzunehmen. Wir lassen von dem, was uns das Wichtigste ist, wir lassen von der Einheitlichkeit unserer Organisation nicht ab. Wir mögen über den Weg verschiedener Meinung sein. Sie glauben, jetzt bei unter allen Umständen die ganze Einheit zu erreichen, und wir glauben, daß wir ein Uebergangsstadium dazu schaffen müssen.“

Nach dem Referate Huebers ergriffen die Vertrauensmänner der tschechischen Centralisten das Wort, um Viktor Adler, der in der letzten Zeit Gegenstand heftiger persönlicher Angriffe seitens der Separatisten gewesen war, ihr Vertrauen zu bekunden. Als Viktor Adler sich erhob, um für dieses Vertrauensvotum zu danken, jubelte ihm der Kongreß in stürmischer Weise zu. Adler mahnte in seiner Rede, nichts unberührt zu lassen, um den Frieden herzustellen. Er gab in beredten Worten der Hoffnung Ausdruck, daß es schließlich doch gelingen werde, eine Einigung herbeizuführen.

Die folgende Diskussion zeigte freilich, daß die verwerflichen Kampfmethoden der Separatisten eine solche Erbitterung unter den Centralisten gezeitigt hatten, daß es unmöglich war, noch weitere Kongressionen von den centralistischen Vertrauensmännern zu erlangen. Ein Redner nach dem anderen erklärte, daß alles Nachgeben bisher unnütz gewesen sei. Wenn man in einem Gewerkschaftsverbande auch alle nationalen Wünsche der tschechischen Minorität erfüllt habe, sei es schließlich doch zur Spaltung gekommen, denn die tschechischen Separatisten wollten die Trennung um jeden Preis. Sehr charakteristisch war das, was in dieser Beziehung Müller von der Eisenbahnerorganisation, die eben jetzt unmittelbar vor der Spaltung steht — die Statuten einer separatistischen Eisenbahnerorganisation sind bereits bei der Behörde eingereicht — sagte:

„Was die sprachlichen Bedürfnisse anlangt, haben wir einfach alles erfüllt, was man verlangt hat. Aber nicht um die sprachlichen Bedürfnisse, sondern um die ganze Organisation geht der Kampf. Wir haben einen nationalen Kataster angelegt, wir haben genaue Verzeichnisse geführt, wie viele Tschechen wir haben und was sie leisten, wir haben tschechische Berichte herausgegeben, wir führen die Beiträge an die Prager Kommission und an die Partei durch die Tschechen ab; wir haben in Prag ein Verwaltungskomitee eingesetzt, das man ganz gut eine Prager Centrale nennen kann. Die Tschechen haben dabei das Recht, in der Centrale in Wien zu sitzen, wir aber haben nicht das Recht in Anspruch genommen, in ihrer Centrale in Prag zu sitzen. Das Comité in Prag kann Beamte anstellen und entlassen. Es ist frei in der Agitation und Organisation. Sie haben die

gleiche Horn. Beide suchen es so darzustellen, als ob die Gewerkschaften gewissermaßen gezwungen worden wären, ihre Gegner zu den Verhandlungen zuzulassen. Gegen diese irreführende Berichterstattung muß im Interesse der Sache Verwahrung eingelegt werden. Beide Blätter wissen genau, daß die Einladung zur Teilnahme an den Verhandlungen seitens des Deutschen Metallarbeiterverbandes an ihre Organisationen erging und daß der Gesamtverband der Metallindustriellen überhaupt keine Bedingungen bezüglich der Zusammenziehung der Verhandlungskommission der Arbeiter gestellt hat, nicht stellen konnte, sollten überhaupt Verhandlungen zustande kommen.

Für die „Wahrheitsliebe“ des „Gewertvereins“ ist noch die Behauptung besonders bezeichnend, daß der Kampf schon Anfang September beigelegt worden wäre, wenn unsere Gewerkschaften „in ihrem Großmachtdünkel“ nicht die Einleitung der Verhandlungen vereitelt hätten! Würden sie sich für die Teilnahme der Hirsch-Dunderschen und Christlichen Klipp und klar ausgesprochen haben, wäre es möglich gewesen, den Kampf schon Anfangs September zum Abschluß zu bringen, erklärt der „Gewertverein“. Diese kindische Auffassung der ganzen Konfliktlage legt einem den Gedanken nahe, es wäre besser, überhaupt auf die Mitwirkung solcher „Strategen“ zu verzichten. Aber schließlich ist die Redaktion des „Gewertvereins“ nicht die Leitung des Gewertvereins der Maschinenbauer; und so lange eine solche Organisation im gewerkschaftlichen Kampfe Solidarität übt, wird man sie auch zu den Verhandlungen mit heranziehen. Von den Unternehmern werden unsere Gewerkschaften sich freilich nicht vorzeichnen lassen, wer für die Arbeiter unterhandeln soll in einem Kampfe, der ausschließlich von ihnen eingeleitet wurde.

Das sollte sich auch das christliche „Zentralblatt“ merken, das in seiner Nr. 21 am 17. Oktober folgenden Schwindel produziert: „Anfangs September scheiterten von unbeteiligter Seite angebahnte Verhandlungen, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaften darauf bestanden, unter der bisher schon geübten Ausschaltung aller nichtsozialdemokratischen Verbände, die Verhandlungen allein zu führen. Die öffentliche Meinung beurteilte diesen schier ungläublichen Akt der Intoleranz und Herrschsucht für einmütig in der schärfsten Weise. Mit vollem Recht wurde die Verantwortung für die Entwicklung der Angelegenheit den sozialdemokratischen Führern aufgeladen. Da wurde es ihnen doch ungemütlich und sie lenkten ein, wenigstens soweit die christlichen und Hirsch-Dunderschen Metallarbeiterorganisationen in Frage kamen.“

Diese Darstellung ist, wie aus obigem zu ersehen ist, durchaus falsch. Die „sozialdemokratischen“ Führer haben weder darauf bestanden, die Verhandlungen allein zu führen noch haben sie unter dem angeblichen Druck der „öffentlichen Meinung“ eingelenkt. Lediglich das Recht der Arbeiter, über ihre Vertretung selbst zu entscheiden, haben sie entschieden und mit Erfolg wahrgenommen. Es ist für die Agitation wertvoll, feststellen zu dürfen, daß das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften in Übereinstimmung mit einer Anzahl christlicher Blätter, auf diese Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den diktatorischen Gelüsten der Werkindustriellen ohne Schwertstreich verzichtet. Und von ganz besonderem Interesse ist

es zu erfahren, daß das christliche „Zentralblatt“ die Berechtigung der streikbrechenden Gelben zur Vertretung in den Einigungsverhandlungen vorbehaltlos anerkennt. Denn etwas anderes bedeutet der von uns in Sperrdruck wiedergegebene Satz aus den Ausführungen im „Zentralblatt“ nicht. Es entspricht also den gewerkschaftlichen Anschauungen des „Zentralblatt“, daß die Streikbrecher als Vertreter der streikenden Arbeiter zu den Verhandlungen über die Beilegung der Differenzen hinzugezogen werden. Die Feststellung dieser Tatsache erscheint uns für die gewerkschaftliche Bewertung des christlichen Zentralorgans außerordentlich wertvoll.

Streiks und Aussperrungen.

Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswerten ist nun endgültig beendet. Es wurde inzwischen auch eine Einigung mit den isoliert stehenden Werften erzielt, so daß die Arbeit überall aufgenommen werden konnte. Das Ergebnis des Kampfes haben wir in den beiden letzten Nummern des „Corr.-Bl.“ bereits gewürdigt. Hinzuzufügen wäre nur noch, daß auch die Beilegung der Differenzen auf den der Werftorganisation nicht angehörenden Werften auf ähnlicher Grundlage erfolgen konnte.

Der Cafetellnerstreik in Hamburg-Altona dauert unverändert fort. Die Cafetiers kämpfen mit allen Mitteln des gewerksmäßigen Scharfmachertums, schwarzen Linien, Verleumdungen ufm. Es ist ihnen zwar gelungen, einige Streikbrecher von auswärts heranzuziehen, aber viele davon haben sich dem Streik angeschlossen, nachdem sie die Verhältnisse kennen gelernt hatten. Die Zahl der Streikenden ist dadurch auf zirka 400 gestiegen. Die Hilfsvereine in Hamburg haben Solidaritätserklärungen für die Streikenden abgegeben, so daß man annehmen darf, daß aus ihren Kreisen Streikbrecher nicht geliefert werden. Die Hamburger Arbeiterschaft hat nunmehr beschlossen, den Boykott über die Cafés zu verhängen, die von den Kellnern die Inanspruchnahme der gewerksmäßigen Stellenvermittlung und die Aufgabe ihrer eigenen kostenlosen Arbeitsvermittlung fordern. Auch in anderen Veröfentlichungskreisen, so unter den Handlungsgehilfen, soll nach den Berichten in der Presse die Stimmung sich gegen die Cafetiers richten, so daß eine Respektierung des Boykotts auch von dieser Seite erwartet wird.

Einigungsämter u. Schiedsgerichte.

Geschäftsbericht des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker.

Soeben versendet das Tarifamt der deutschen Buchdrucker seinen Bericht für das Geschäftsjahr 1909/1910. Einleitend wird im Bericht darauf hingewiesen, daß das letzte Geschäftsjahr der gegenwärtigen Tarifperiode (1907—1911) bereits angebrochen ist. In beiden Lagern bereitet man sich auf die nächstjährigen Tarifberatungen vor. Die Prinzipale sind in den einzelnen Tarifkreisen zusammenberufen worden, die Gehilfenschaft wird in Kürze folgen. Es wird sich bald zeigen, wie weit die Tätigkeit der Tarifgegner im Unternehmerlager während der letzten Tarifperiode in der Lage war, die Tarifgemeinschaft zu unterwühlen. Die leitenden Personen im Unternehmerlager haben nach dem Bericht

gungsverhandlungen bereits anfangs November beginnen müssen. —

Damit war die Erörterung des Organisationskonfliktes abgeschlossen und der Kongreß wandte sich seinen weiteren Aufgaben zu. Dr. Jungwiler referierte über: „Die Bedeutung des neuen Strafgesetzwurfes für die Arbeiter. Nach seinem Referate wurde eine Protestresolution gegen die in dem betreffenden Entwurfe enthaltenen Verschlechterungen des Koalitionsrechtes angenommen. — Heinrich Beer sprach über: „Die Taktik bei Streiks und Aussperrungen“. Er legte in großzügiger Weise die Veränderungen der Kampfesancen dar, die sich durch das Eingreifen der Unternehmerorganisationen ergeben haben. Der organisierte Zusammenschluß der Unternehmer erheische gebieterisch, daß die Arbeiter das gleiche tun. Es gelte vor allem die Organisation so auszubauen, daß die Konzentration der Kräfte und Mittel gegeben ist. Wichtig sei auch die Durchführung der Betriebsorganisation. — Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

Der letzte Kongreßtag war der Sozialpolitik gewidmet. Es referierten: Schrammel über: „Die Sozialpolitik und die Parlamente“, Hanusch über: „Die Verkürzung der Arbeitszeit“, Smitska über: „Die Beseitigung des Arbeitsbuches“ und Reumann über: „Wohnungsfürsorge und Arbeitsvertrag.“

Am Schluß des Kongresses ergriffen die beiden internationalen Sekretäre, Legien und Hysmans, das Wort, um die Ergebnisse der Tagung zu resumieren. Sie sprachen vor allem über den Organisationskonflikt und erklärten, daß sie den Eindruck empfanden hätten: die Zentralisten wollen den Frieden. Legien führte aus, daß der Beschluß über die kommenden Einigungsverhandlungen gezeigt habe, daß die Zentralisten den Frieden wünschen, freilich nur unter der Aufrechterhaltung der Zentralorganisation. Die Einheit der Organisation bedeute aber noch lange nicht, daß man die sprachliche Autonomie in gewissen Gebieten abweise. Hysmans jagte, er sei in Prag gewesen und habe in allen Sekretariaten alle Genossen gefragt, ob sie, wie Sie Deutsche, den Frieden wünschen. Die Antwort war: Ja. Und auf die Frage, ob sie die Zentralisation der Gewerkschaften annehmen, mit einer gewissen sprachlichen Autonomie und einem kleinen Spielraum, wie wir es auch haben in unserem zweisprachigen Lande, da war die einstimmige Antwort: Ja. Darum bin ich versichert, daß aus den Friedensverhandlungen etwas Gutes herauskommt.

Hoffen wir, daß sich dieser Optimismus bald als gerechtfertigt erweist. Wohl in keinem anderen Lande ist der Arbeiterklasse die Einigung mehr vonnöten als in Oesterreich. In dem vom Nationalitätenhader zerklüfteten und zerrissenen Staate gab bis vor wenigen Jahren die Arbeiterklasse allein das Beispiel internationaler Solidarität. Und sie ist gut dabei gefahren. Große Erfolge gelang es zu erreichen. Nun aber ist der nationale Chauvinismus auch in die Reihen der Arbeitenden eingedrungen und bedroht die Früchte der solidarischen Arbeit. Da gilt es den Ruf zu erheben: Zurück zur alten proletarischen Internationale, damit wieder große Erfolge für die österreichische Arbeiterchaft möglich werden.

Julius Deutsch.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Arbeitervertretung in den Verhandlungen mit den Werftbesitzern.

Zu Beginn des Werftarbeiterstreiks fanden bekanntlich Vorbesprechungen zwischen dem Sekretär der Gruppe Seeschiffswerften und dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes statt, die die Verhandlungen der beiden Parteien zur Beilegung des Konfliktes einleiten sollten. Die Werftbesitzer stellten für die Verhandlungen jedoch die Bedingung, daß außer den acht die Bewegung führenden freien Gewerkschaften Vertreter der Hirsch-Dunderschen, christlichen und gelben Gewerkvereine hinzugezogen werden müßten. Dieses Anjinnen lehnten unsere Genossen rundweg ab. Sie verfolgten die durchaus richtige Auffassung, daß über die Vertretung der Arbeiter in solchen Verhandlungen lediglich die Arbeiter selbst zu entscheiden haben, nicht die Unternehmer. Die Arbeiter maßten sich auch nicht an, über die Vertretung der Unternehmer mitzubestimmen. Zudem war es, wie Schilde richtig bemerkte, widersinnig, die Gelben hinzuzuziehen, die gar keine Differenzen mit den Werftbesitzern hatten, sondern als Arbeitswillige in den Betrieben geblieben waren. Die Unternehmer lehnten daraufhin die Verhandlungen ab.

Ob dieser Stellungnahme der Gewerkschaften erhoben die Hirsch-Dunderschen und christlichen Organe ein wüßtes Geschrei. Sie übersehen mit Willen den Kern der Sache, nämlich, wer über die Arbeitervertretung zu bestimmen habe, die Arbeiter oder die Unternehmer. Ohne Rücksicht auf die Interessen der im Kampfe befindlichen Arbeiter schleuderten die Hirsch-Dunderschen und besonders die christlichen Blätter die heftigsten Vorwürfe gegen die Streikleitung, von der sie angeblich terrorisiert würden.

Als dann die Werften ihre Angelegenheit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller übertragen hatten, wurden von dieser Seite Verhandlungen eingeleitet, ohne die von den Werften gestellten Bedingungen zu wiederholen. Der Forderung der Gewerkschaften war damit Rechnung getragen. Der Gesamtverband der Metallindustriellen erkannte das selbstverständliche Recht der Arbeiter an, über ihre Vertretung selbst zu entscheiden. Er trat daher auch ausschließlich an die acht Organisationen heran, die den Kampf führten.

Damit war die prinzipielle Seite der Sache entschieden. Von der Aussperrung auf den Werften waren nun auch die Mitglieder der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine betroffen und wäre die Aussperrung der 400 000 Metallarbeiter in ganz Deutschland zur Tat geworden, so wäre auch der christliche Metallarbeiterverband in den Kampf hineingezogen worden. Die beiden Richtungen waren daher zweifellos an der Sache erheblich interessiert und aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften aus freien Stücken sowohl die christliche als die Hirsch-Dundersche Organisation zur Entsendung von Vertretern zu den Verhandlungen mit den Metallindustriellen eingeladen, nachdem seitens der Unternehmer keine Bedingungen mehr in dieser Hinsicht gestellt wurden. Das ist der Sachverhalt.

Trotzdem bringt es zunächst der „Gewertverein“ fertig, noch am 12. Oktober die gleichen Vorwürfe gegen unsere Gewerkschaften zu erheben, wie vorher. Auch der christliche „Metallarbeiter“ tutet in das